

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

12

2010

4,- €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

ÄRGERNIS

Kommunen spielen
Unternehmen

WEIHNACHTSGELD

Streit –
alle Jahre wieder

POLITIK

Neues Profil
für die CDU?



HANDEL OHNE LADENSCHLUSS

Positive Aussichten für Online-Geschäfte

Der perfekte Partner für Ihren Erfolg.

Das Sparkassen-Finanzkonzept.



Managen Sie Ihre Finanzen clever mit dem Sparkassen-Finanzkonzept. Als einer der größten Mittelstandsfinanzpartner bieten wir unseren Kunden kompetente und umfassende Beratung. Von Finanzierungslösungen über Risikomanagement bis hin zur Nachfolgeregelung: Wir finden für jedes Anliegen die maßgeschneiderte Lösung. Testen Sie uns jetzt! Mehr Infos bei Ihrem Sparkassenberater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

DIE NAGELPROBE

Im Vorfeld des Karlsruher CDU-Parteitages ist die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und besonders unser Vorsitzender, Josef Schlarmann unter koordinierten Beschluss geraten. Unser konsequentes Eintreten für die Einhaltung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und mehr konservatives Profil in der Union hatte, auch unter



Jürgen Presser ist stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

dem Eindruck des schlechten Bildes der Koalition in der Öffentlichkeit, die innerparteilichen Kritiker an unserer Strategie offensichtlich provoziert. Und dann wagt es diese Vereinigung auch noch, zum Parteitag eine Vielzahl von Anträgen vorzulegen, die von der Kommission Mittelstands- und Ordnungspolitik in Verantwortung von Frank Gotthardt und Hartmut Schauerte und anderen Kommissionen erarbeitet wurden.

In einem Akt vorauseilenden Gehorsams wurde für zehn für uns wichtige Anträge im Vorfeld des Parteitages die Ablehnung empfohlen. Für 17 Anträge wurde z.T. mit unserer Zustimmung die Überweisung an Bundesfachausschüsse empfohlen.

Dazu kam noch zeitgerecht eine kleine Pressekampagne, die mit falschen Behauptungen die MIT und ihren Vorsitzenden weiter diskreditieren sollte. Dies wäre es dann gewesen. Die Anträge der MIT auf dem Parteitag abgeschmettert, der Vorsitzende angeschlagen, der Rest erledigt sich von selbst.

Aber es kam anders, es kam Angela Merkel!

Mit einer pointierten Rede zeigte sie (endlich!) wieder klare Kante und mehr konservatives Profil für die Union. Die

Bundesvorsitzende sprach die MIT direkt an und sagte: „Ich nehme die Anträge der MIT ernst.“ Und die Kanzlerin machte ein klares Gesprächsangebot: „Lassen sie uns auf eine gemeinsame Prioritätenliste einigen!“

Dieses Gesprächsangebot hat Josef Schlarmann in seiner Rede auf dem Parteitag sofort öffentlich angenommen und

sich für ihre Rede bedankt. Damit hat auch die MIT einen Beitrag zu dem überzeugenden Wahlergebnis von Angela Merkel geleistet.

Eine kluge Parteitagsregie hat es auch dann verstanden, das verunglückte Votum der Antragskommission zu entschärfen. Der Parteitag hat u.a. alle Anträge der MIT einstimmig an den Bundesvorstand überwiesen. **Damit wurde kein einziger Antrag der MIT abgelehnt.** Die Strategie des Bundesvorstandes, Kompass und Prinzipientreue zu beweisen, hat sich bewährt

Aber die Nagelprobe steht jetzt bevor. Wir werden mit Frau Merkel ein offenes Gespräch führen, das sicher Kompromisse beinhalten wird, aber Ergebnisse zeigen muss. Bei den Beratungen im Bundesvorstand der CDU erwarten wir, dass diejenigen, die auch mit unserer Unterstützung gewählt wurden, sich bei den Beratungen für gute Kompromisse einsetzen werden.

Nur mit einer klar positionierten Union werden wir 2011 in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die CDU in der Verantwortung halten, bzw. in die Verantwortung bringen können. Eine selbstbewusste MIT wird dann ihren Beitrag dazu zu leisten wissen.

Capital, FTD, Impulse, Börse online

Bestellen Sie jetzt zu Sonderkonditionen und profitieren Sie von den geballten Informationen rund um Aktien, Finanzprodukte und dem alltäglichen Wirtschaftsgeschehen.



Nachlass
 <78%

Exklusive Vorteile
 für die Mitglieder
 der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen
 Kreisverband der MIT unter
www.mit-virtuell.de.

Die Seite-4-Karikatur



Wieder auf Kurs

Weisheiten

Wenn eine Wahrheit nicht liebenswürdig ist, bleibt sie deswegen nicht weniger wahr.

Anton Tschechow, russ. Schriftsteller

Mit Vegetariern muss man diskutieren, sobald sie eine Wurstfabrik geerbt haben.

Danny Kaye, amer. Schauspieler

Wer seine Meinung nie zurückzieht, liebt sich selbst mehr als die Wahrheit.

Rudyard Kipling, brit. Schriftsteller

Eine falsche Ansicht zu widerrufen, erfordert mehr Charakter als sie zu verteidigen.

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph

Recht zu haben ist nur halb so schön, wenn kein anderer Unrecht hat.

Orson Wells, amer. Schauspieler

Ich werde jeden Tag daran erinnert, dass ich kein perfekter Mann bin – wenn nicht durch die Ereignisse, dann durch meine Frau.

Barack Obama, amer. Präsident

Kannst Du die Presse nicht schlagen, dann schlag Dich auf ihre Seite.

Lebensweisheit

Journalisten sind Menschen, die in einem anderen Beruf mit weniger Arbeit mehr Geld verdienen hätten.

Robert Lemke, dt. Journalist

Was wir jetzt brauchen, sind ein paar verrückte Leute. Seht euch doch an, wohin uns die normalen gebracht haben.

George Bernard Shaw, irischer Dramatiker

Tagsüber Fischmarkt – nachts Abkürzung.

Achtung – ca. 100.000 Menschen überqueren diese Kreuzung heute.

Während der Mittagspause wird die Straße zum Cricketplatz.

Wer diese Straße schnell runter will, nimmt die Rolltreppe.

In dieser Einbahnstraße ist es üblich, auch gegen die Richtung zu fahren.

Ab hier geht's nur mit einem Flugzeug weiter.

Die Geschwindigkeit wird hier durch Schafherden reguliert.

IN GANZ **ASIEN** ZU HAUSE – DHL EXPRESS.

• • • • •

Für pünktliche Lieferungen sind gute Ortskenntnisse unabdingbar. Als Pioniere des internationalen Express-Service verfügen wir neben einem einmaligen Netzwerk auch über umfassendes Wissen in den Ländern und in der Zollabwicklung. Darum können wir auch überall im asiatisch-pazifischen Raum schnell und zuverlässig liefern. Und das zu fairen Preisen.

Nutzen Sie unsere Sonderkonditionen für den internationalen Express-Versand und sparen Sie bis zu 50%*.
simplydhl.com/germany

EXCELLENCE. SIMPLY DELIVERED. **DHL**
EXPRESS

„Wie gehen Sie mit Schwächeren um?“

Ranga Yogeshwar,
Wissenschaftsjournalist

Sie sind stark!
www.misereor.de

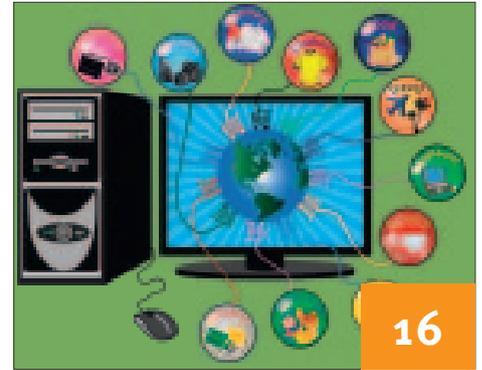


6 ► INHALT



POLITIK

- 3 Editorial**
Jürgen Presser, stellv. MIT-Bundesvorsitzender, kommentiert den CDU-Parteitag
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**
Wieder auf Kurs, jedenfalls nickt der CDU-Dackel zufrieden
- 8 Merkel nutzt den Wirtschaftsflügel**
Beobachter des CDU-Parteitags von Karlsruhe Mitte November konstatierten einen Kurswechsel hin zum Konservativen und beriefen sich dabei auf die Rede der Bundesvorsitzenden Angela Merkel
- 12 Kommunen spielen Unternehmer**
Viele Kommunen haben die Energieversorgung und Abfallbeseitigung als lukrative Geschäftsfelder wieder entdeckt. Das deutsche Steuerrecht bevorzugt sie dabei zu Lasten privater Wettbewerber



WIRTSCHAFT

- 16 Bezahldschungel im Internet**
Experten bescheinigen dem Online-Shopping eine große Zukunft. Hinderlich jedoch ist der Bezahldschungel, der noch im Internet herrscht

MISEREOR

• IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit
an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank · BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr
Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

Sozialabgaben 2011			West () 2010
	West () 2010	Ost	
	Beitragsatz in %*	Beitragsbemessungs- grenze in €/Monat	Höchstbeitrag in €/Monat*
Renten- versicherung	19,9 (19,9)	5.500 (5.500)	1.094,50 (1.094,50)
Kranken- versicherung	14,6 (14,0)	3.712,50 (3.750)	542,03 (525)***
Arbeitslosen- versicherung	3,0** (2,8)	5.500 (5.500)	165 (154)
Pflege- versicherung	1,95 (1,95)	3.712,50 (3.750)	72,39 (73,13)***
Sonderbeiträge: Arbeitnehmer + Rentner zahlen zusätzlich 0,9% zur Krankenversicherung, Kreislose über 23 Jahre 5,29% zur Pflegeversicherung			1.873,92 (1.846,63)***

Stand: Nov. 2010
*Partiell: Arbeitnehmer + Arbeitgeber je zur Hälfte
**Leit. Gesetz zur Senkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung
Quelle: BfA, BMAS
***Ohne Sonderbeiträge der Arbeitnehmer + ohne Unfallvers. etc. der Arbeitgeber



24



34

UNTERNEHMEN

- 20 Suchen, finden, binden**
Wie findet man die „passenden“ Mitarbeiter fürs Unternehmen. Ein Personalvermittler gibt Ratschläge
- 22 Alle Jahre wieder**
Der Streit ums Weihnachtsgeld kommt in manchen Unternehmen genauso sicher wie das Weihnachtsfest selbst. Wir helfen dabei, ihn zu vermeiden

SERVICE

- 23 Für Sie gelesen – unsere Bücherseite**
- 24 AUTO-TEST**
Autos für Mittelständler, diesmal Citroen C5 und Alfa Giulietta
- 26 Steuertipp**
Geringwertige Wirtschaftsgüter helfen beim Sparen

- 27 Recht im Gespräch**
- 28 Aktuelle Urteile**
- 29 Mangelnde Deutschkenntnisse gefährden den Aufschwung**
- 29 Leserbriefe**

MIT-INSIDE

- 30 MIT-INSIDE**
Berichte aus den Regionalverbänden der MIT und der MU
- 34 Was ist Konservatismus heute?**
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarman definiert seine Sicht von Konservatismus dort, wo sonst und in der nächsten Ausgabe wieder die „Baustelle Berlin“ von Hans-Dieter Lehnen steht
- 34 Impressum**



Allen unseren Lesern wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr.

Wir danken für Ihre Treue und wohlwollend-kritische Begleitung unserer Arbeit.

Für Herausgeber, Verlag und Redaktion
Günter F. Kohl



STRANDHOTEL
Sylt



WOHNEN IM STRANDHOTEL

- zentral und ruhig gelegen
- in Westerland
- direkt hinter der Düne
- 52 Suiten mit getrenntem Wohn- und Schlafbereich
- tolles Frühstücksbuffet bis 12.00 Uhr
- Tiefgarage im Haus
- kostenfreie Nutzung von Sauna, Dampfbad und Fitnessgeräten
- Solarium und Fitarium gegen Gebühr

SPEISEN AN VIELEN ORTEN

Morgensmünche 3
22689 Westerland • Sylt
Telefon 0 49 411 80 80 • Telefax 0 49 411 80 84 84
E-Mail: info@sydt-strandhotel.de
Internet: www.sydt-strandhotel.de

Die CDU schärft ihr Profil



Die Amtsinhaberin und der Hoffnungsträger: Angela Merkel wurde mit 90,4 % der Stimmen auf dem Karlsruher Parteitag als CDU-Vorsitzende wiedergewählt. Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg wurde als Hoffnungsträger stürmisch begrüßt und gefeiert

Merkel nutzt den Wirtschaftsflügel

Was war im Vorfeld des CDU-Parteitag-tages nicht alles geschrieben und getitelt worden: „Merkel stützt ihren Wirtschaftsflügel“ und „Krach im CDU-Wirtschaftsflügel“. Es rauschte so richtig im Blätterwald, ein wenig angefeuert sogar aus den eigenen Reihen. Was übrigblieb, war ein Sturm im Wasserglas: Alle 31 Anträge der MIT wurden zur weiteren Beratung an den CDU-Bundesvorstand überwiesen, kein einziger wurde abgelehnt. Mehr noch: Kanzlerin Merkel machte der MIT ein Gesprächsangebot und versprach, man werde sich auf eine gemeinsame Prioritätenliste dessen, was ordnungspolitisch zu geschehen habe, verständigen.

Noch auf dem Parteitag nahm Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender, das Angebot der Parteivorsitzenden an und trug so atmosphärisch mit dazu bei, dass das Treffen einen harmonischen Verlauf nahm und Angela Merkel die ersehnte 90-Prozent-Grenze der Stimmen übersprang.

G. K.

Nach dem Parteitag gab Schlarmann der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ das folgende Interview, das wir in Auszügen wiedergeben.

Die Presse: Sie haben zuletzt das mangelnde konservative Profil der Union stark kritisiert. Wird sich daran nach dem Parteitag etwas ändern?

Schlarmann: Mit der Strategie der CDU, dass man sich alle Seiten offenhalten muss, ist es vorbei. Frau Merkel hatte der Partei zunächst einen Modernisierungskurs verordnet. In Karlsruhe hat sie sich von dieser Politik verabschiedet und klar gesagt, was das Profil der Union ist. Sie hat damit die Parteiseele getroffen. Es war eine Werberede in Richtung der liberalkonservativen Mitglieder, um sie aus ihrer enttäuschten Haltung zu befreien.

Was lief Ihrer Meinung nach bisher falsch unter Schwarz-Gelb?

Die Regierung hat in den ersten Monaten im Zusammenhang mit der Wahl in Nordrhein-Westfalen den Fehler gemacht, sich von Inhalten des Koalitionsvertrags zu trennen. Die steuerpolitischen Vereinbarungen wurden ad acta gelegt, was nicht nur der FDP stark geschadet hat, sondern dem bürgerlichen Lager insgesamt. Das Steuerthema ist aber letztlich noch nicht entschieden, weil Konsens besteht, dass mit der kalten Progression Steuererhöhungen verbunden sind, die niemand will.

Die Parteivorsitzende geht auf Sie zu. Welche Kurskorrekturen wollen Sie?

Wir haben das Gesprächsangebot von Frau Merkel angenommen. Man wird sehen, ob es nur eine Bewerbungsrede war oder ob wir in der Sache weiterkommen. Für uns geht es um die wirtschaftspolitischen Ziele, nämlich um Maßnahmen zur Stärkung der Binnenwirtschaft und bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Wir führen in der Union keine grundsätzliche wirtschaftspolitische Debatte. Das liegt unter anderem daran, dass wir das Wirtschaftsministerium nicht besetzen.

Merkels Ansagen waren konservativ, aber ihre neuen Stellvertreter Röttgen und von der Leyen sind Modernisierer.

Ich sehe das ganz anders. Röttgen steht für liberalkonservative Politik, von der Leyen ebenfalls. Wir haben keine grundsätzlichen Probleme mit ihr, es ist nur eine Frage des Maßes. Bei Kinderbetreuungseinrichtungen etwa gibt es unbestrittenen Nachholbedarf. Wir sind aber dagegen, dass man Kinder aus intakten Familien – durch ökonomischen Zwang wie zu hohe Besteuerung und Sozialausgaben – in Kindergärten bringen muss.

MIT-BUNDESVORSTAND

Weiter mit Schlarmann

Der MIT-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 22. November Dr. Josef Schlarmann bei Enthaltung des Betroffenen einstimmig gebeten, sich für eine weitere zweijährige Wahlperiode als Bundesvorsitzender zur Verfügung zu stellen. Schlarmann steht seit 2005 an der Spitze der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und wirkte in den Jahren davor als stellvertretender Bundesvorsitzender und als Landesvorsitzender der MIT in Niedersachsen.

Josef Schlarmann, der als Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwalt in Hamburg arbeitet, dankte für den Vertrauensbeweis. Dieses Votum wertete er als gewichtiges Argument für seine Entscheidung, die er demnächst treffen werde.

Die Amtszeit des jetzigen Bundesvorstandes endet im Oktober 2011. Eine Delegiertenkonferenz wird am 28./29. 10. im bayerischen Deggendorf eine neue Führung wählen.

Anzeige

Lohn-Outsourcing schon die Nerven

Die Lohn- und Gehaltsabrechnung ist für Unternehmen auf Grund der ständigen gesetzlichen Änderungen eine mühsame Aufgabe. Insbesondere zum Jahreswechsel müssen regelmäßig kurzfristig Neuerungen umgesetzt werden. In diesem Jahr verheißen Stichworte wie Aufwendungsausgleichsgesetz und Zahlstellen-Meldeverfahren zusätzlichen Aufwand. Da empfiehlt es sich, die Lohnabrechnung dem Steuerberater anzuvertrauen. Mit profunder Sachkenntnis, der DATEV-Software zur Lohnabrechnung und dem DATEV-Rechenzentrum im Hintergrund hat er die Löhne sicher im Griff, auch bei kurzfristigen Änderungen. www.datev.de



MIT stellt die Hälfte des CDU-Bundesvorstands

Zum CDU-Parteitag in Karlsruhe hatte sich die MIT viel vorgenommen. Mit insgesamt 31 Sachanträgen sollte dazu beigetragen werden, dass von diesem Parteitag ein ordnungspolitisches Signal ausgeht. So war es Kern der Hauptanträge der MIT, unser Land auf der Grundlage ordnungspolitischer Prinzipien zu modernisieren. Ein einfaches, niedriges und faires Steuersystem ist dabei ebenso geboten wie ein nachhaltiger Konsolidierungskurs, ein konsequenter Subventionsabbau und demografiefeste soziale Sicherungssysteme.

Im Vorfeld hatte die Antragskommission eben diese Anträge mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen. Nicht zuletzt die engagierte Parteitagsrede des MIT-Bundesschätzmisters Dr. Josef Schlarmann und das Engagement des stellvertretenden MIT-Bundesschätzmisters Jürgen Presser in der Antragskommission dürften dazu beigetragen haben, dass die Anträge der MIT stattdessen alle an den CDU-Bundes-

vorstand zur weiteren Beratung verwiesen wurden.

Zuvor hatte die CDU-Bundesschätzmisterin und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel deutlich gemacht, dass sie die Anträge der MIT sehr ernst nehmen und gemeinsam eine Prioritätenliste erarbeitet werden solle. Für die MIT gilt nun die Lösung: Nach dem Parteitag ist vor dem Parteitag. Bis zum Parteitag im Jahr 2011 wird zu prüfen sein, ob dieser Arbeitsauftrag erfolgreich umgesetzt wurde. Bezeichnenderweise kehrt der Parteikonvent 2011 nach den ordnungspolitischen Reformbeschlüssen im Jahre 2003 nach Leipzig zurück. Dann wird es Aufgabe der MIT sein, die Aufbruchstimmung der Partei im Jahre 2003 der politischen Realität nach acht Jahren gegenüber zu stellen. Damit diese Bilanz positiv ausfällt, ist noch viel zu tun. Dabei hofft die MIT auch auf die Unterstützung jener 20 Mitglieder des 40-köpfigen neuen CDU-Bundesvorstands, die Mitglied der MIT sind. A. J.

Folgende MIT-Mitglieder gehören dem neuen CDU-Bundesvorstand an:

Stellv. Vorsitzende

- Volker Bouffier
- Dr. Ursula von der Leyen
- Dr. Norbert Röttgen

Schatzmeister

- Helmut Linsen

Präsidium

- Eckart von Klaeden
- Philipp Mißfelder

Weitere Mitglieder

- Christian Baldauf
- Ermine Demirbüken-Wegner
- Dr. Michael Fuchs
- Tanja Gönner
- Dr. Franz Josef Jung
- Dr. Michael Meister
- Maria Michalk
- Mike Mohring
- Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl
- Thomas Strobl
- Arnold Vaatz
- Dr. Johann Wadephul
- Prof. Dr. Otto Wulff
- Hendrik Wüst



Gesprächsbereit am Parteitags-Stand der MIT (von links): MIT-Bundesschatzmeister Peter Jung, Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann und Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen



Ein Schnellzeichner war die Attraktion des MIT-Standes: Er fertigte Karikaturen von Besuchern und Gästen im Minutentakt. Natürlich auch von Angela Merkel, der CDU-Bundesschätzmisterin



Gemeinden spielen Unternehmer

Viele Kommunen haben die Energieversorgung und Abfallbeseitigung als lukrative Geschäftsfelder entdeckt. Das deutsche Steuerrecht fördert dies zu Lasten privater Anbieter

Kommunen engagieren sich – anders als der Bund – immer stärker wirtschaftlich. Besonders viele Städte entdecken die Energieversorgung als lukratives Geschäftsfeld. Aber auch in anderen Bereichen wie der Entsorgung gibt es eine direkte Konkurrenz zu privaten Unternehmen. Dabei profitieren die Kommunen jedoch von steuerlichen Vorteilen.

Zwischen 2000 und 2007 stieg die Zahl der kommunalen Unternehmen in den Flächenbundesländern um rund ein Fünftel auf knapp 13.000 Firmen. Dabei picken sich die Kommunen offenbar die Rosinen aus dem Kuchen: Der Umsatz legte nämlich wesentlich stärker zu – er erhöhte sich im gleichen Zeitraum um zwei Drittel auf 213 Milliarden Euro.

Wer als Mieter oder Eigenheimbesitzer des Öfteren von den Stadtwerken Post erhält mit dem Inhalt „Leider müssen wir die Preise erhöhen“, kann sich ausmalen, dass die Kommunen ihr Angebot keineswegs aus Altruismus

bereitstellen. So haben die Kommunen zuletzt Gewinne in Höhe von 9,9 Milliarden Euro erzielt – im Jahr 2000 waren es erst 4,5 Milliarden Euro.

Weil Städte und Gemeinden mit den Überschüssen von E-Werken auch die defizitären Schwimmbäder oder Opernhäuser subventionieren, blieben 2007 unter dem Strich 4,9 Milliarden Euro übrig. Im Jahr 2000 waren es nur 1,3 Milliarden Euro. Vor allem die Kommunen in den Ballungsgebieten haben eigene Unternehmen als Cashcow entdeckt.

Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen hat 2007 die mit Abstand höchsten Umsätze erzielt, nämlich 48,5 Milliarden Euro. Nicht viel weniger erwirtschafteten die Stadtwerke und andere städtische Firmen in Baden-Württemberg. In beiden Ländern haben die kommunalen Dienstleister zudem im vergangenen Jahrzehnt ihre Umsätze fast verdoppelt. Besonders profitabel sind dabei die Gemeindebetriebe im Ländle: Bei ihnen blieben – nach Verrechnung mit den

Verlusten – 2007 unter dem Strich rund 2,6 Milliarden Euro kleben. Nordrhein-Westfalen kommt auf 1,2 Milliarden Euro und Bayern auf fast 450 Millionen Euro.

Die wirtschaftlichen Erfolge der kommunalen Unternehmen resultieren allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil daraus, dass in Deutschland das Steuerrecht zulasten der privaten Wettbewerber verzerrt ist:

1. Ertragsbesteuerung

Der sogenannte kommunale Querverbund erlaubt es den Gemeinden, dauerhafte Verluste aus Schwimmbädern oder Bibliotheken mit Gewinnen aus profitablen Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben zu verrechnen. Private Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen können dagegen ihre Gewinne nicht in diesem Umfang durch eine großzügige Verlustberechnung der Besteuerung entziehen.

2. Körperschaftsteuer

Sie fällt für hoheitliche Tätigkeiten der Kommunen nicht an. Was diese sind, wird

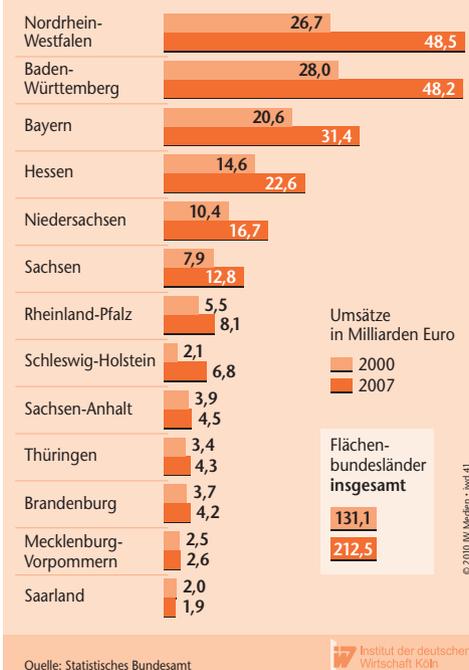
aber sehr weit ausgelegt. So wurde in einem Urteil sogar der gewinnträchtige Verkauf von Müllsäcken als hoheitlich und damit als steuerbefreit definiert.

Wenn der Gesetzgeber schon nicht dafür sorgt, dass die Kommunen ihre wirtschaftliche Betätigung auf notwendige Bereiche beschränken, so sollte er wenigstens beim Steuerrecht das Dumping abstellen.

Wo sich Kommunen engagieren

Die Kommunen haben sich für ihre Aktivitäten vor allem drei Bereiche ausgesucht: die Energiewirtschaft, den Gesundheitssektor und die Abfallbeseitigung. Allein in der Abfallwirtschaft wuchs der Umsatz zwischen 2000 und 2007 bundesweit um ein Drittel auf 18,3 Milliarden Euro. Auf diesem Gebiet gibt es einen ausgeprägten Trend zur Re-Kommunalisierung. Im Energiesektor hat sich der Umsatz im gleichen Zeitraum auf 106,2 Milliarden

Kommunale Unternehmen: Rasanten Wachstum



Euro mehr als verdoppelt – immer mehr Gemeinden verdienen mit dem Verkauf von Strom, aber auch mit den Subventionen für erneuerbare Energien viel Geld. Während die städtischen Verkehrsbetriebe und Kulturstätten chronisch defizitär wirtschaften, sind Abfall- und Energiebetriebe äußerst lukrativ: Die Gewinne sind im Energiesektor von 2000 bis 2007 um 2,1 Milliarden Euro auf nahezu 5 Milliarden Euro gestiegen, in der Abfallwirtschaft um fast 550 Millionen Euro auf fast 680 Millionen Euro.

Quelle:
Institut der deutschen Wirtschaft

geschäftstüchtlich

Kostenlose Kontoführung

0,00 Euro*

Business Giro

Bis zu

1,5 % p.a.**

Business SparCard

Klasse, wie meine Bank
ihr Geschäft versteht ...
und auch meines!

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de/geschaeftskunden
- Postbank Business-Center, 0180 4440400***
- Postbank Finanzcenter, www.postbank.de/filial-suche

Postbank
GESCHÄFTSKUNDEN

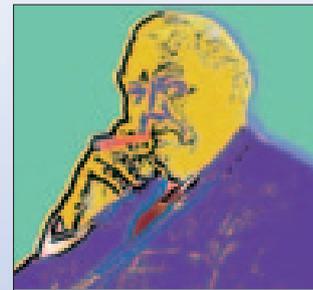
* Ab 10.000 € durchschnittlichem Habensaldo im Monat. ** Ab 50.000 €, Zinssatz variabel.
*** Mo.–Sa. 8–21 Uhr; 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz; Mobilfunktarif max. 42 Cent/Minute.

Mittelstands Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT



*Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard*



- ▶ aktuell und informativ
- ▶ hintergründig
- ▶ meinungsfreudig
- ▶ zielgruppenorientiert

Unsere Leser:

mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com

E-Mail: info@mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.

Auflage: 42.000 pro Ausgabe,
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

1&1 DO-IT-YOURSELF HOMEPAGE

1&1 DO-IT-YOURSELF HOMEPAGE

1. BRANCHE ODER THEMA WÄHLEN

Art
Architekt
Art
Architekt

2. NAME EINGEBEN

Markward & Partner

3. FARBE FESTLEGEN

4. INTERNET-ADRESSE AUSSUCHEN

www.markward-partner.de
www.markward-und-partner.de
www.architekt-markward.de
www.markward-partner-architekten.de

Einfacher und schneller geht's nicht: Branche wählen, Namen eingeben, Farbe festlegen, Internet-Adresse aussuchen oder vorhandene Adresse umziehen – schon ist Ihre Homepage fix und fertig im Internet! Denn Bilder, Texte und Seitenaufbau für über 100 Branchen haben wir schon vorbereitet. Und wenn Sie wollen, können Sie Ihren Internet-Auftritt jederzeit mit eigenen Bildern und Texten noch individueller machen. Jetzt ausprobieren – kostenlos!

FÜR ÜBER 100 BRANCHEN
**KOSTENLOS
TESTEN!**

1. connect
Webhosting-
Anbieter
Platz des Jahres 2010

Ausgabe 08/2010



Jetzt informieren und bestellen: 0 26 02 / 96 91

www.1und1.info



Die verfügbaren Bezahlverfahren beim Online-Shopping spielen für Käufer eine wichtige Rolle

Der Bezahltschungel im Internet

Ob Bücher, Elektroartikel oder Kinderspielzeug – über das Internet lässt sich heute praktisch alles bestellen. Jeder zweite Deutsche, so das Ergebnis einer Forsa-Umfrage, erledigt seine Einkäufe inzwischen online. Der Vorteil liegt auf der Hand: Das World Wide Web kennt keinen Ladenschluss, sondern hat an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr geöffnet. Preis-Leistungs-Verhältnisse können außerdem bequem verglichen werden. Parallel zur Anzahl der E-Shopper erhöht sich

auch das Angebot an E-Shops immer weiter – und damit wächst der Druck auf Händler, sich positiv von der Konkurrenz abzuheben.

Die Entscheidung für oder gegen einen Online-Händler wird keineswegs nur von einer attraktiven Auswahl und möglichen Schnäppchen beeinflusst. Auch die verfügbaren Bezahlverfahren spielen eine große Rolle. Grundsätzlich gibt es viele Wege, nach einer ausgedehnten Einkaufstour im Internet die Rechnung zu begleichen.

Klassiker aus der Offlinewelt wie Nachnahme oder Kreditkarte haben sich ebenso etabliert wie sogenannte Wallet-Lösungen (z.B. PayPal). Im Schnitt stehen laut jüngst veröffentlichter IZH-Studie* derzeit 4,4 Zahlungsmethoden pro E-Shop zur Verfügung. Weitere 1,8 sollen nach Angabe der befragten Unternehmen bis Ende 2010 hinzukommen. „Zusätzliche Bezahlmethoden bedeuten für Online-Händler erfahrungsgemäß zusätzlichen Umsatz“, erklärt Thomas Plünnecke vom Internet-Provider 1&1. Insofern ist die Entwicklung kaum verwunderlich.

Wenn es ums Bezahlen im World Wide Web geht, sind die Interessen der Beteiligten jedoch nicht unbedingt deckungs-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 18

Warum die Chemie zwischen LANXESS und Fujitsu stimmt ...

»Speichermanagement ist wie ein gordischer Knoten: Fujitsu hat ihn für uns zerschlagen und unsere Probleme rund um wachsende Datenfluten mit Managed Storage für den Betrieb unserer Storage-Umgebung in Europa gelöst.«

Christian Günther, Leiter IT Global Infrastructure, LANXESS AG

Wenn Golfer abschlagen, treffen sie auf LANXESS:
Der Kern der Bälle besteht aus speziellen Synthese-Kautschuken des Spezialchemie-Konzerns.

Besagten gordischen Knoten im Speichermanagement des global tätigen Spezialchemie-Konzerns LANXESS löste Fujitsu mit einem intelligenten Storage-on-demand-Konzept. Das entbindet die IT-Verantwortlichen ihrer Probleme bei der Bewältigung eines stetig steigenden Datenvolumens – und sorgt dafür, dass die Chemie zwischen Fujitsu und LANXESS stimmt. Wie das konkret in der Praxis aussieht und wie dieses Konzept für die flexible Bereitstellung von 65 Terabyte Kapazität funktioniert, lesen Sie hier: <http://de.fujitsu.com/referenzen-in-deutschland>

shaping tomorrow with you

FUJITSU

gleich. So erwarten Kunden vor allem eine einfache, schnelle, transparente und sichere Abwicklung des Geschäfts, während aus Anbietersicht niedrige Gebühren und insbesondere ein geringes Ausfallrisiko Priorität haben. Entsprechend ist die Vorkasse unter Shop-Betreibern die bevorzugte Payment-Methode. Aus Angst vor Betrügern sehen Verbraucher indes eher von einer Bestellung ab, wenn Waren ausschließlich per Vorkasse bezahlt werden können. Geld bei Lieferung



Thomas Plünnecke vom Internet-Provider 1&1

ist ihnen am liebsten – deshalb favorisieren sie in der Regel den Einkauf auf Rechnung und das Lastschriftverfahren, bei dem sich der bezahlte Betrag notfalls zurückbuchen lässt.

Kaufabbrüche vermeiden

„Ob es überhaupt das eine ideale Zahlungsverfahren gibt, das den Bedürfnissen von Händlern und Kunden gleichermaßen gerecht wird, ist fraglich“, sagt Sonja Rodenkirch von der Kölner E-Commerce-Center Handel. Klar sei aber: „Anbieter, die das Portfolio an Zahlungsverfahren einzig an den eigenen Bedürfnissen ausrichten, werden sich mit ausbleibenden Bestellungen abfinden müssen.“ Denn steht die gewünschte Zahlungsart nicht zur Verfügung, brechen immer mehr Internet-Nutzer ihren Einkauf ab. Warum auch lange auf einer Homepage verweilen? Die Alternative ist ja nur wenige Mausklicks entfernt. Für den Vertriebs Erfolg im Netz ist es folglich wichtig, seinen Kunden die Bezahlverfahren anzubieten, die sie akzeptieren und nutzen möchten. Nur so kann es zum Kaufabschluss kommen.

In der Praxis erweist sich die Preisstruktur etlicher Bezahlverfahren derweil als uneindeutig. „Oft fehlen klare Informationen, welche Kosten dem Händler bei der Zahlungsabwicklung tatsächlich entstehen“, berichtet Thomas Plünnecke. „Es ist extrem ärgerlich, wenn man die Integration eines Systems gestemmt hat und dann feststellen muss, dass weitere Module nötig sind, für die man noch einmal ordentlich zur Kasse gebeten wird.“ Der 1&1-Experte empfiehlt daher: „Jeder Online-Händler sollte intensiv prüfen, ob ein Zahlungssystem die eigenen Anforderungen abdeckt. Und zwar nicht nur aktuell, sondern auch in der Zukunft – ein Zahlungssystem sollte mit einem Shop mitwachsen können.“

Sicherheit auf höchstem Niveau

Neben den Kosten sollten Händler bei der Suche nach dem optimalen E-Payment-System natürlich auch die Sicherheit im Auge haben. In der Branche existieren verschiedene Gütesiegel, die sowohl Käufern als auch Verkäufern verdeutlichen, welchen Zahlungsverfahren sie vertrauen können. Sicherheit auf höchstem Niveau garantiert unter anderem die Zertifizierung nach den Regularien des Payment Card Industry Data Security Standard (PCI DSS). Alle Händler, Dienstleister und Zahlungsanbieter, die Kreditkarteninformationen verarbeiten oder speichern, müssen den PCI DSS-Sicherheitsstandard einhalten und sich entsprechend zertifizieren lassen. Das Regelwerk umfasst dabei insgesamt zwölf Kriterien – vom Schutz der technischen Infrastruktur mit Firewalls über stets aktuell zu haltende Virenschutzprogramme bis hin zu starker Verschlüsselung und dem Erfüllen spezifischer interner Sicherheitsrichtlinien.

Als eines der ersten Angebote in Europa erfüllt 1&1 ipayment ohne Unterbrechung seit dem Jahr 2004 die maximalen Sicherheitsanforderungen der Kreditkartenindustrie. Das elektronische Zahlungssystem ist eine sogenannte PSP-Lösung (Payment-Service-Providing), die für die Zahlungsabwicklung und den Transport von Bankverbindungen, Kreditkarteninformationen und anderen Zahlungsdaten sorgt. Einmal jährlich

überprüfen Fachleute wie die Bonner SRC Security Research & Consulting GmbH den Sicherheitsstandard vor Ort. Ergänzend werden Server-Scans durchgeführt und Befragungen vorgenommen. Im vergangenen Mai wurde 1&1 bereits zum sechsten Mal in Folge mit dem Zertifikat gemäß der höchsten Anforderungsstufe („Level 1“) des PCI DSS-Sicherheitsstandards ausgezeichnet. Online-Händler, die Transaktionen vollständig mit ipayment abwickeln, erfüllen somit automatisch die Anforderungen der Kreditkartenindustrie – eine eigene Zertifizierung ist nicht mehr nötig.

„Das Ziel bei der Entwicklung von ipayment war es, gerade kleine und mittelständische Unternehmen bei ihren Online-Transaktionen zu unterstützen“, sagt Thomas Plünnecke vom Hersteller 1&1. „Daher ist der Fixkostenanteil sehr gering. Ipayment gehört zu den günstigsten Angeboten in Deutschland und verfügt über zahlreiche Funktionen, die bei Wettbewerbern teilweise nur gegen einen

erheblichen Aufpreis erhältlich sind.“ So können Anwender etwa ohne Mehrkosten die 3D-Secure-Sicherheitsverfahren wie Verified by Visa, MasterCard SecureCode und Maestro SecureCode nutzen oder verschiedene Risikomanagement-Einstellungen vornehmen. Vorgefertigte Module für diverse Shop-Systeme wie Magento, Oxid, osCommerce oder xt:Commerce ermöglichen außerdem den einfachen Einsatz der Lösung ohne Programmierkenntnisse. „Und durch die Anbindung aller gängigen deutschen Zahlungsanbieter können Händler den Anbieter wählen, der für sie individuell die besten Konditionen bietet oder der ihnen von der Hausbank empfohlen worden ist“, betont Plünnecke.

Positive Aussichten

Da die Businessmodelle stark unterschiedlich sind, muss sich jeder, der Waren oder Dienstleistungen über das Internet anbietet, letztlich selbst die Frage beantworten, welche Bezahlfverfahren zu ihm und seinem Shop am besten passen.

Anzeige



Wo gibt's denn so was? 96 Prozent zufriedene Kunden.

Das Urteil ist eindeutig: 96 Prozent der Privatversicherten fühlen sich im Krankheitsfall sehr gut abgesichert.

Das bestätigt eine große Meinungsumfrage des Emnid-Instituts. Kein Wunder, dass sich viel mehr Bürger privat versichern wollen, als der Gesetzgeber bisher zulässt.

www.gesunde-versicherung.de

PKV – Die gesunde Versicherung.

CHECKLISTE

Wer keinen Fehlgriff machen will, sollte bei der Auswahl des Online-Bezahlverfahrens einige Dinge beachten. Hier eine kurze Checkliste:

Sicherheit

Regelmäßige PCI-DSS-Zertifizierung des Anbieters
Integrationsmöglichkeiten, die keine eigene Zertifizierung nach PCI-DSS erfordern (Kostenfreie) Unterstützung der 3D-Secure-Verfahren Verified by Visa, MasterCard SecureCode und Maestro SecureCode
Umfassende Maßnahmen zur Betrugserkennung und -verhinderung

Funktion

Vorgefertigte Module zum direkten Einbinden in Shop-Systeme
Leichte, intuitive Bedienbarkeit
Schnelle Kaufabwicklung für Kunden
Störungsfreier Ablauf selbst bei hohem Transaktionsaufkommen
Schnittstellen zu allen gängigen Zahlungsanbietern
Zusätzliche Bezahlfverfahren nach Bedarf hinzufübar

Verfügbarkeit

Ausfallschutz durch mehrfach redundant abgesicherte Systeme und Verbindungen
Hochverfügbare IT-Architektur beim Partner

Kosten

Transparente Kostenstruktur mit niedrigem Fixkostenanteil und ohne versteckte Gebühren

Sinkende Kosten pro Transaktion bei steigendem Transaktionsvolumen

Um die Zahlungssicherheit zu erhöhen, sollten Online-Händler Instrumente zur Risikominimierung einsetzen. Denkbare Präventionsmaßnahmen können unter anderem sein:

- Nutzung der Kreditkartenprüfnummer
- Adressverifizierung
- Authentifizierung des Bestellers durch Kreditinstitut (3D-Secure-Sicherheitsverfahren)
- Bonitätsprüfung
- Betragslimit für Neukunden
- Versicherung gegen Zahlungsausfälle



Foto: Pitopia

Suchen, finden und binden

DIE PASSENDEN MITARBEITER
FÜR IHR UNTERNEHMEN

Im Mittelstand erfolgt die Rekrutierung von Personal meist noch mit Bordmitteln

Von Klaus Hofmann

Vorweg ein Hinweis an die geneigten Leser: Für mich hat die Gleichberechtigung bereits vor langer Zeit stattgefunden. Zur besseren Übersicht verzichte ich auf die geschlechtsspezifischen Differenzierungen – ich betrachte z. B. Begriffe wie „Unternehmer“ oder „Bewerber“ als geschlechtsneutrale Funktionsbeschreibungen. Deshalb verzichte ich auf die bekannten Floskeln (...die Wählerinnen und Wähler...) und füge nicht alternativ „/ innen“ mit an.

Ein Unternehmen ohne qualifizierte und engagierte Mitarbeiter ist nicht lebensfähig. Dem wird wohl niemand ernsthaft widersprechen. Umso erstaunlicher, wie beiläufig das Thema Personal oft behandelt wird.

An Steuerberater und Rechtsanwalt kann ich einen Teil der Routinearbeit delegieren, keinesfalls aber meine Personalverantwortung, Führung, Entwicklungsplanung und Qualifizierungsmaßnahmen bleiben im mittelständischen Betrieb Aufgabe des Häuptlings. Permanent muss ich meine Personalstruktur hinterfragen. Stimmt die Anzahl der Mitarbeiter – zu wenig, zu viel? Habe ich auch wirklich die richtigen, die motivierten und zuverlässigen Arbeitnehmer im Boot, die, die meinen Laden voranbringen wollen und können? Wie sieht das in Zukunft aus? Nicht nur im Hinblick auf den demographischen Wandel, sondern auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung meines Unternehmens?

Trotz hoher Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Verbreitung von Internetportalen im Arbeitsmarkt gestaltet sich die Personalsuche für Firmen immer aufwändiger – und ist mit (oft nicht bekannten) Risiken verbunden. Obwohl auch der Mittelstand stets von Outsourcing und Konzentration auf die Kernkompetenzen redet, wird die Rekrutierung von Personal meist mit Bordmitteln versucht: Die gute alte Zeitungsanzeige, eine Anfrage bei der Bundesagentur für Arbeit.

Natürlich werden Sie mit Bewerbungen überschüttet, alleine schon, weil Arbeitsuchende sich par Ordre de Arbeitsagentur bewerben müssen. „Sehen Sie mal, liebe Frau Fallmanagerin, wie viele Bewerbungen ich diese Woche schon geschrieben habe! Fleißig, gell?“ Ihre Zeitungsanzeige als Aussaat und dann die postalische Missernte. Um den eigentlichen Unternehmenszweck nicht zu blockieren, wird der mittelständische Unternehmer dann mal wieder zum Heimarbeiter am Wochenende.

Unterlagen sichten, bewerten, verwerfen

„Herzlichen Dank für Ihre Bewerbung. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass ...“

Nettes Anschreiben – Vorsicht AGG, Rücksendung der Bewerbungsunterlagen, eintüten, Porto...

Also, neuer Anlauf, neue Anzeige, und noch mal? Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, wie das dem Image Ihres Unternehmens bekommt? Was denkt sich der liebe Mitbewerber, der potenzielle Kunde oder ein noch zögernder möglicher Bewerber spätestens nach Ihrer dritten Anzeige?

„Wieso ist diese Stelle immer noch nicht besetzt? Warum will dort keiner hin? Zuwenig Kohle oder gar keine oder haben die so ein Betriebsklima, dass...?“

Und dann ist da noch die Bewerbung vom neuen Freund Ihrer Cousine. Peinlich, peinlich.

Können Sie da ohne Familienstress „Nein“ sagen? Sind Ihnen die Risiken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vertraut? Schauen Sie sich mal die Stellenmärkte regionaler Zeitungen an. Es wimmelt von „Jung“, „Dynamisch“, „Mann“, „Frau“, klare Verstöße gegen das AGG. Solche Formulierungen können - über den Anzeigenpreis hinaus - verdammt teuer werden.

Aber zahlreiche Unternehmensbereiche oder -situationen erfordern nun mal – entgegen allen Sonntagspredigten – bestimmte Personalstrukturen. Und ist nicht gerade im mittelständischen Unternehmen die „Chemie“ oft entscheidender als die ursprüngliche Ausbildung?

Das AGG als Klotz am Bein des Unternehmers

Um das AGG durchzusetzen, laufen Versuche mit anonymisierten Bewerbungen. Kein Foto, keine persönlichen Angaben. Nationalität, Religion, Alter, Geschlecht, Familienstand, Adresse – alles tabu. Auch Zeugnisse müssen kritisch betrachtet werden – keine Namen, keine Jahreszahlen, keine Orte, kein „Sie“, kein „Er“! Schon das Anfordern von Fotos der Bewerber hat auf EU-Ebene zur Klagen geführt, da ein eindeutiger Verstoß gegen das AGG vorliegt - drei potenzielle Monatsgehälter als Strafe für den bösen Chef.

Sie als Unternehmer müssen nachweisen, dass nicht etwa Alter, Herkunft oder Geschlecht zur Ablehnung geführt haben, sondern ausschließlich die bessere Qualifikation Ihres Wunschkandidaten.

Also, Chiffreanzeigen? Nicht wirklich! Potenzielle Glücksgriffe werden sich nicht bewerben. Schon aus Angst, der aktuelle Chef könnte hinter der Anzeige stecken. Zur Unterstützung der überlasteten Arbeitsverwaltung ermöglichte der Gesetzgeber 1994 die außerbehördliche Personal- und Arbeitsvermittlung.

Ohne die Notwendigkeit von statistischen Zuarbeiten für die Bundesagentur betreut und berät der PAV Arbeitgeber bei der Suche nach geeignetem Personal, betreut und berät er Arbeitsuchende bei der Suche eines neuen Arbeitsplatzes. Er bringt die beiden zusammen – er vermittelt.

Der erfolgreiche Personalvermittler wird immer in exzellent gepflegten Netzwerken

unterwegs sein und kooperiert mit Bildungsträgern, der Bundesagentur bzw. den ARGEn. Er kümmert sich für den Arbeitgeber um Förderprogramme, Einarbeitungszuschüsse, Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Möglicherweise liegt ihm das Profil Ihres Wunschkandidaten bereits vor, und er bringt Ihnen im Idealfall drei bis vier Bewerber, die Ihrem Anforderungsprofil entsprechen.

Honorierung der Vermittlungsarbeit

Entweder zahlt der Arbeitgeber, der Arbeitssuchende oder die Bundesagentur. Wie auch immer, der Vermittler erhält nur dann Geld, wenn die Vermittlung erfolgreich ist und klare Kriterien eingehalten werden. Aber, außerbehördliche Vermittler haben ein klares Imageproblem! Denn noch immer werden sie mit Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit) verwechselt und mit ihr in einen Topf geworfen.

Sind die Unterschiede erst mal verstanden, liegen die Vorteile der Zusammenarbeit mit einem professionellen Personalvermittler klar auf der Hand:

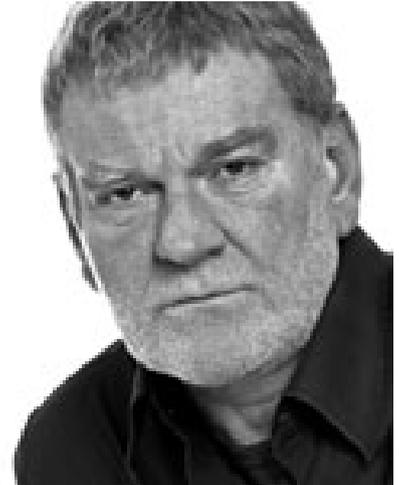
Der Unternehmer spart

- die Kosten für Zeitungsanzeigen
- die Personal- und Portokosten für Absageschreiben
- Ärger und Kosten durch das AGG
- mögliche Konflikte mit Ihrem aktuellen Personal
- peinliche Situationen durch Bewerbungen von Bekannten
- die Brüskierung potentieller Kunden

„Ich erhalte möglicherweise siebzig Bewerbungen auf einen freien Arbeitsplatz. Realistisch betrachtet habe ich somit neunundsechzig potenzielle Käufer für alle Zeiten verprellt,“ begründete beispielsweise ein großes Einzelhandelsunternehmen aus Rheinland-Pfalz die Beauftragung.

„Meine Konkurrenz muss nicht alles wissen.“ „Ich möchte peinliche Situationen durch die Bewerbung von Freunden und Bekannten vermeiden.“ „Wir wollen die Kosten für Anzeigen, Absageschreiben und die Rücksendungen der Bewerbungsunterlagen sparen“, sind die Argumente, die uns immer wieder von unseren Auftraggebern genannt werden.

Der PAV kümmert sich, wie es bereits bei Steuer- und Rechtsberatern normal ist, auf Honorarbasis um Ihre P-Fragen (Personalbeschaffung, Entwicklungsplanung, Qualifizierung). Unterdessen kann sich der Unternehmer auf seine eigentlichen Aufgaben und Kompetenzen konzentrieren.



Klaus Hofmann, Jahrgang 1955, seit 1973 Unternehmer, seit 2002 Unternehmensberater und Personalvermittler



Nutzen Sie die Chancen in Entwicklungsländern!



Wer Wertschöpfung global denkt, kennt keine weißen Flecken auf der Weltkarte. Denn Kunden und Lieferanten in den Märkten von morgen haben viel zu bieten. Mit dem Programm develoPPP.de unterstützt das BMZ Unternehmen bei der Umsetzung von Projekten in Entwicklungsländern, die einen spürbaren und langfristigen Nutzen für die Menschen vor Ort haben. So sichern wir gemeinsam den Erfolg Ihrer innovativen Ideen und schaffen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Unser Angebot:

- Wir beteiligen uns an der Finanzierung Ihrer Maßnahmen mit bis zu 50 % des Gesamtvolumens
- Unsere Expertenteams in Deutschland und in den Partnerländern unterstützen Sie
 - bei der Projektentwicklung und Umsetzung
 - beim Zugang zu wichtigen Partnern
 - beim Eintritt in neue Märkte

Weitere Informationen finden Sie unter: **www.develoPPP.de**



Foto: Bilderbox

Alle Jahre wieder: Der Streit ums Weihnachtsgeld

Weihnachtsgeld: „betriebliche Übung“ oder oftmals wiederkehrende, aber immer noch freiwillige Leistung?

Wie immer vor Weihnachten brodeln die betriebliche „Gerüchteküche“ rund um das Weihnachtsgeld. Gibt es nun Geld - oder gibt es keins? Die Antwort, so der Stuttgarter Rechtsanwalt Michael Henn, Präsident des VdAA - Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V., sei allerdings nicht in das „einseitige Ermessen“ des Arbeitgebers gestellt.

Vielmehr muss der Arbeitgeber die bestehenden Tarifverträge, etwaige Betriebsvereinbarungen, die Bedingungen des einzelnen Arbeitsvertrages oder auch vorherige Zusagen bei der Beurteilung der Rechtslage beachten. Selbst wenn die vorstehenden Kriterien nicht erfüllt seien, so Henn, könne ein Anspruch auf Zahlung des Weihnachtsgeldes immer noch aus einer sogenannten „betrieblichen Übung“ bestehen oder sich aus „arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsätzen“ ergeben.

Festgezurr im Arbeitsvertrag?

Soweit der Anspruch auf das Weihnachtsgeld im Arbeitsvertrag geregelt ist, hat der Arbeitgeber grundsätzlich nicht die Möglichkeit, dies einseitig zu ändern. Er kann allenfalls versuchen, mit dem Arbeitnehmer eine einvernehmliche Regelung über eine Änderung zu treffen. Ist dies nicht mög-

lich, kann der Arbeitgeber die Änderung der vertraglichen Regelung nur durch eine sogenannte „Änderungskündigung“ herbeiführen. Die praktischen Schwierigkeiten und die juristischen Hindernisse bei einer solchen Änderungskündigung sind jedoch so hoch, dass dieser Weg in der Praxis wenig Aussicht auf Erfolg hat. Ähnliches gilt auch bei Bestehen von Betriebsvereinbarungen. Auch diese müssen zunächst durch den Arbeitgeber gekündigt werden, wobei entsprechende „Auslaufristen“ zu beachten sind.

Günstiger, so der Fachanwalt für Arbeitsrecht Henn, sehe die Rechtslage für den Arbeitge-

ber allerdings aus, wenn der Arbeitsvertrag oder die Betriebsvereinbarung einen sogenannten „Freiwilligkeitsvorbehalt“ enthalte. Derartige Freiwilligkeitsvorbehalte sind juristisch zulässig und lassen dem Arbeitgeber jedes Jahr die Entscheidung offen, ob er ein Weihnachtsgeld zahlt oder nicht. Ein derartiger „Freiwilligkeitsvorbehalt“, darauf weist Henn ausdrücklich hin, müsse jedoch klar und deutlich formuliert und später nicht abgeändert worden sein. Auch sei es dem Arbeitgeber nicht möglich, bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern unterschiedlich zu behandeln, wenn hierfür kein sachlich gerechtfertigter Grund bestehe.

Freiwillige Leistung

Selbst wenn keine ausdrücklichen Regelungen bestehen, kann für den Arbeitnehmer ein Anspruch auf Zahlung des Weihnachtsgeldes bestehen. Dies gilt immer dann, wenn er in den letzten drei Jahren jeweils ein Weihnachtsgeld erhalten und der Arbeitgeber bei der Zahlung nicht ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass es sich um eine „freiwillige Leistung“ ohne jeden Rechtsanspruch handelt.

Vor diesem Hintergrund, so rät Henn, sollten Arbeitgeber sich vor einer Streichung oder Kürzung des Weihnachtsgeldes unbedingt zur Vermeidung juristischer Auseinandersetzungen über die Rechtslage informieren, während Arbeitnehmern nur angeraten werden könne, etwaige Streichungen oder Kürzungen des Weihnachtsgeldes ebenfalls von einem Fachmann für Arbeitsrecht überprüfen zu lassen.

FIRMENNAME: VERSTOSS GEGEN DAS IRREFÜHRUNGSVERBOT

1. Die Aufnahme einer Ortsangabe in den Namen einer Firma stellt, gleich ob diese in attributiver oder substantivischer Form erfolgt, in der Regel nicht allein deshalb einen Verstoß gegen das Irreführungsverbot dar, weil die Firma keine führende oder besondere Stellung in dem Ort nachgewiesen hat. Anderes kann gelten, wenn zusätzliche Angaben in dem Firmennamen die Berühmung einer solchen besonderen Stellung nahelegen.
2. Die Firma „Münchner Hausverwaltung GmbH“ für eine Gesellschaft mit Sitz in einer Münchner Nachbargemeinde ist eintragungsfähig; auf eine führende oder besondere Stellung der Gesellschaft im Wirtschaftsraum München kommt es nicht an.

OLG München, Beschluss vom 28.04.2010, Az. 31 Wx 117/09

Die Pfeiler des Glaubens

Ildefonso Falcones
Geb., 928 S., 24,99 Euro
C. Bertelsmann, ISBN 9783570100455



Andalusien 1568. Nach Jahren der Unterdrückung erheben sich die spanischen Muslime gegen ihre christlichen Peiniger. Die Revolte wird bald zum blutigen Glaubenskrieg, und angesichts der von beiden Seiten be-

gangenen Grausamkeiten wächst in dem Aufständischen Hernando das Bedürfnis nach Frieden und Aussöhnung der Religionen. In seinem neuen Weltbestseller über Glaube und Versöhnung erzählt Falcones die ergreifende Geschichte vom Aufstand der Muslime bis zu ihrer endgültigen Vertreibung aus Andalusien. Ein Wälzer, sehr geeignet für den Gabentisch und zum Lesen zwischen den Jahren.

Gelassenheit

Elke Overdick
Pocket Business-Reihe
128 S., 6,95 Euro
Cornelsen Verlag, ISBN 978-3-589-23811-8

Das Konfliktgespräch mit dem Mitarbeiter, der „schräge“ Blick von Kollegen im Verband, die spitze Bemerkung eines Kunden, ein unangenehmer Wortwechsel in der Familie – emotionale Turbulenzen lauern in allen Bereichen des Alltags. Mit dem Pocket-Ratgeber „Gelassenheit“ trainieren Interessierte, sich emotional unabhängiger von äußeren Einflüssen zu machen.

Das Meer

DuMont Fotokunst-Kalender 2011
58,4 x 48,5 cm, 26,95 Euro
DuMont Verlag, ISBN 978-3-8320-1563-3

**BÜCHER**

Wer ein Faible für die See hat und deren ungeheure Kraft zu respektieren und die Faszination des Meeres zu schätzen weiß, der findet an den Fotografien von Klaus Schidniogrotzki ein ganzes Jahr lang seine helle Freude. Beim Betrachten der dramatischen Aufnahmen hört man förmlich das Tosen der Brandung.

Duden für Gourmets

jeweils 128 Seiten, 9,95 Euro
Wörterbuch Wein
ISBN 978-3-411-70359-3
Wörterbuch Kochkunst
ISBN 978-3-411-70392-0



Wein und Kochkunst gehören für die meisten von uns heute zum Lebensstil. Grund genug für die Duden-Redaktion, die Sprache um Wein- und Kochkultur etwas näher zu beleuchten. Herausgekommen sind dabei zwei neue Bände: einer zum

Wein, der den Untertitel „Von Abgang bis Zweitwein“ trägt, ein anderer zum Kochen, untertitelt „Von Amuse-Bouche bis Zierschnee“. Beide enthalten Begriffe, deren Wortsinn nicht unbedingt in gebräuchlichen Wörterbüchern erklärt ist, und so stellen sie, zumal in ihrer Handlichkeit und Kompaktheit, eine wertvolle Hilfe, auch bei Weinproben oder beim Gourmet-Menü, dar.

Deutsches Wattenmeer

DuMont Fotokalender 2011
52,0 x 42,5 cm, 22,95 Euro
DuMont Verlag, ISBN 978-3-8320-1722-4

Als erste deutsche Naturlandschaft ist das Wattenmeer bereits 2009 zum Welterbe der Menschheit erklärt worden. Der renommierte Fotograf Jochen Knobloch hat die schönsten Impressionen des Wattenmeeres aus der Luft eingefangen. Der Leser entdeckt auf diese Weise ein schönes Stück Deutschland aus der Luft.

Klima

Der Weltuntergang findet nicht statt
Gerd Ganteför
Geb., ca. 300 S.
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-32671-6



„Die Klimaerwärmung hat auch Vorteile“, „Kohle- und Kernkraftwerke dienen indirekt dem Naturschutz“ und „Die regenerativen Energien sind nur ein schöner Traum“ – das sind die provokanten Thesen, mit denen Autor Gerd Ganteför, Professor

für Physik an der Uni Konstanz, den Apokalyptikern der Klimakatastrophe entgegentritt – auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse. Dabei bleibt so mancher liebgewordener Mythos auf der Strecke, etwa der von der Wasserstoffzelle als Lösung aller Energieprobleme. Ein sehr, sehr meinungsstarkes Buch gegen den vermeintlichen „Mainstream“!

Achtung

Wir verlosen Rezensionsexemplare unter unseren Lesern!

Bitte senden Sie ein Mail an den Verlag mit Ihrer Adresse unter dem Stichwort „Bücher“.

info@mitmagazin.com

Viel Glück! Ihre Redaktion

Buchpräsentation nach unserer Verlosung im November gingen an:

W. Schiedeck, 90402 Nürnberg; Georg Haberl, 94469 Deggendorf; Axel Schädlich, 14513 Teltow; Angelus Pape, 27446 Selsingen; Frank Lemmen, 47799 Krefeld; Achim Straßburg, 67227 Frankental
Herzlichen Glückwunsch!

CITROËN C5: EIN ERFOLGSMODELL



Komfort, ansprechendes Design, Sparsamkeit und Umweltverträglichkeit zeichnen den C 5 aus.

Seit seiner Markteinführung Anfang 2008 hat der CITROËN C5, ob als Limousine oder Tourer, makellose Verkaufserfolge vorzuweisen. Per Mitte 2010 sind nicht weniger als 200.000 Exemplare verkauft worden, mehr als ein Drittel davon Tourer.

Um diesen Erfolg fortzuschreiben, präsentiert CITROËN eine neue Definition des C5, die sowohl stilistische als auch technische Verfeinerungen aufweist. Die Designmodifikationen, die den Charakter des C5 unverändert lassen, betreffen insbesondere die vorderen Scheinwerfer, die mit einer eigens gestalte-

ten LED-Kette ausgerüstet werden. Bei der Technik sind zwei wesentliche Neuheiten zu verzeichnen: Die neue Mikro-Hybridtechnologie e-HDi, die ein Stop&Start-System der zweiten Generation mit einem automatisierten mechanischen Sechsganggetriebe und dem Motor HDi 110 FAP verbindet. Sie erlaubt so bei hohem Antriebskomfort einen geringeren Kraftstoffverbrauch (4,8 l/100 km) und deutlich reduzierte CO₂-Emissionen (125 g/km), der HDi 2,2 Liter der neuesten Generation mit einer Leistung von 200 PS.

Der C5 gilt allgemein als eines der am besten gelungenen Modelle seiner Klasse, deshalb sind die Designänderungen sehr subtil. Sie bewahren den Charakter des Autos, ermöglichen es aber auch, dass das Modell noch schneller und leichter zu erkennen ist.

Das elektrische Bordnetz wird von einer Hilfsvorrichtung aus Superkondensatoren, dem e-booster, unterstützt, der zeitweise mit der Batterie in Reihe geschaltet werden kann. Eine optimierte Aufladesteuerung der Batterie und der Superkondensatoren erlaubt die Energierückgewinnung, wenn das Gaspedal losgelassen wird und das Fahrzeug rollt.

Der CITROËN C5 e-HDi ist im Übrigen mit einer gasdichten Batterie ausgestattet, deren Lebensdauer auf 600.000 Anlasszyklen ausgelegt ist. Auch die Motorlagerungen wurden überarbeitet, damit der Komfort für die Insassen beim häufigen Stoppen und Wiederanlassen des Motors noch größer ist. Bemerkenswerte Fortschritte ergeben sich beim Kraftstoffverbrauch des CITROËN C5 e-HDi und bei den CO₂-Emissionen. Der Dieserverbrauch im Normzyklus beträgt 4,8 l/100 km und die CO₂-Emissionen im selben Zyklus erreichen nur 125 g/km.

G. K.

Die neue Giulietta – INNOVATIVE TECHNIK UND HOHER NUTZWERT

Pünktlich zum 100. Geburtstag von Alfa Romeo debütiert ein komplett neu konzipiertes Modell auf dem deutschen Markt: der Alfa Romeo Giulietta. Der Nachfolger des überaus erfolgreichen Alfa Romeo 147 gilt als modernster Alfa Romeo aller Zeiten. Als erstes Auto des Fiat-Konzerns basiert er auf einer völlig neuen Plattform für das C-Segment mit einer neuen Generation von Benzin- und Dieselmotoren, deren Leistungsbreite von 77 kW (105 PS) bis 173 kW (235 PS) reicht.

Stilistisch macht die legendäre Mailänder Automarke mit dem neuen Alfa Romeo Giulietta den nächsten Schritt in der Fortschreibung ihrer aktuellen Design-Sprache. Dieses Design verleiht dem 4,35 Meter langen, 1,80 Meter breiten und 1,47 Meter hohen Fünftürer einen unverwechselbaren Charakter.

Neben dem verlässlichen Fahrvergnügen überzeugt der Alfa Romeo Giulietta mit einer umfangreichen Komfort- und Sicherheits-Serien-

ausstattung. Sie umfasst so wichtige Features wie zweistufige Fahrer- und Beifahrerairbags, von vorn nach hinten durchgehende Kopfairbags und Seitenairbags in den Vordersitzen, aktive Kopfstützen vorn, das „Alfa Romeo D.N.A.“-System, die Fahrstabilitätskontrolle VDC – inklusive ABS, Differenzialsperre und Berganfahrhilfe – elektrische Fensterheber vorne, eine manuelle Klimaanlage, die asymmetrisch geteilt umklappbare Rück Sitzbank sowie das Kraftstoff sparende Start&Stopp-System.

Noch umfangreicher ist die Ausstattung des Alfa Romeo Giulietta Turismo (ab 21.700 Euro). Ausschließlich in Kombination mit dem neuen, 173 kW

(235 PS) starken 1.8 TBi-Motor ist seit kurzem der Alfa Romeo Giulietta Quadrifoglio Verde zu Preisen ab 28.300 Euro verfügbar. Das Topmodell markiert auch in puncto Serienausstattung die Spitze.

Ein Auto also für Mittelständler? Sicher nicht, aber auf jeden Fall ein sportlicher, handlicher, chicer, schneller und überaus gefälliger Flitzer – als Zweitwagen oder für die Frau GemahlsGattin. Der Kofferraum ist groß genug für ein Golfbag, aber auch für ein paar Kisten Champagner, Bier oder Wasser. Ein Auto, das Spaß macht.

G. K.



Der neue Alfa Romeo Giulietta gefiel in unserem Test als chicer und sportlicher Flitzer



Finden Sie Ihre Dateien schneller. Mit einem Server von Dell.

Verbringen Sie eine nicht unerhebliche Zeit allein mit der Dateisuche auf verschiedenen PCs? Die Dell PowerEdge Server mit Intel® Xeon® Prozessoren und Windows Server® 2008 R2 Foundation ermöglichen die bequeme Speicherung und Sicherung von Daten an einem zentralen Speicherort. Und dabei kosten die installations- und wartungsfreundlichen PowerEdge Server nicht einmal unbedingt mehr als ein Desktop. Finden Sie jetzt Ihre Daten einfach, anstatt stundenlang danach zu suchen.

8 Gründe für ein Upgrade

www.dell.de/FIRSTSERVER



Sparen Sie 216 €

PowerEdge™ T110

Ihr idealer erster Server

719 €

zzgl. MwSt.
Gratis Versand

855 €
inkl. MwSt.

E-VALUE code: NP11-PE4T110RFS
Angebot gültig bis zum 28.01.2011

- Intel® Core™ i3-540 Prozessor (3.06 GHz, 4 MB Cache)
- Windows Server 2008 R2 Foundation Edition
- 2GB RAM (2x1GB), 1066MHz
- 500GB 7.2K rpm SATA HDD Festplatte
- 3 Jahre ProSupport für Endbenutzer



Windows Server™ 2008
Foundation

Angebot gültig bis zum 28.01.2011

Rufen Sie uns an für ein Server-Angebot: 0800 172 33 55

Celeron, Celeron Inside, Centrino, Centrino Inside, Core Inside, Intel, Intel Logo, Intel Atom, Intel Atom Inside, Intel Core, Intel Inside, Intel Inside Logo, Intel vPro, Itanium, Itanium Inside, Pentium, Pentium Inside, vPro Inside, Xeon, und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern. Weitere in diesem Dokument verwendete Marken und Handelsnamen beziehen sich auf die jeweiligen Eigentümer oder deren Produkte. Dell Datenschutz: Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen zum Datenschutz Ihrer Daten haben, kontaktieren Sie uns bitte unter der folgenden Adresse: Dell Datenschutz-Beauftragter, Dell, Postfach 2044, 36243 Niederaula, Germany oder per E mail dellprivacys@delldawleys.com. Diese werblichen Inhalte gelten nur für Geschäftskunden. Preise sind nicht rabattfähig nach Rahmenverträgen und nicht mit anderen Angeboten kombinierbar. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dell GmbH. Änderungen, Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Kundendaten unterliegen der elektronischen Datenverarbeitung. Produkte können von Abbildungen abweichen. Preise inklusive Mehrwertsteuer sind auf volle Euro aufgerundet Dell GmbH, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt am Main. Geschäftsführer: Mark Möbius, Vorsitzender des Aufsichtsrates: Michael J. Kenney eingetragen beim AG Frankfurt am Main unter HRB 75453, USt.-ID: 113 541 138, WEEE-Reg.-Nr.: DE 49515708.



Reisegast wollte keine lange Hose zum Abendessen tragen

Ein Ehepaar buchte bei einem Reiseunternehmen eine zehntägige Pauschalreise mit Halbpension nach Heraklion. Als sie sich zum Abendessen in das Restaurant des Hotels begaben, wurde der Mann darauf hingewiesen, dass er doch bitte statt der Dreiviertel langen Hose eine lange Hose tragen möchte.

Dieser fühlte sich ungerecht behandelt und bloßgestellt und verlangte 414 Euro zurück. Im Reisekatalog sei kein Hinweis auf den Kleiderzwang vorhanden gewesen. Ansonsten hätten sie den Urlaub auch nicht gebucht. Er und seine Ehefrau seien aus beruflichen Gründen im täglichen Leben auf das Tragen von geschäftsmäßiger Kleidung angewiesen und wollten sich daher gerade im Urlaub einer Kleiderordnung nicht unterwerfen. Das Reiseunternehmen zahlte nicht. Eines Hinweises im Katalog hätte es nicht bedurft. In einem Hotel der gehobenen Mittelklasse sei es selbstverständlich, in langen Hosen zum Abendessen zu erscheinen.

Das sah der zuständige Richter des Amtsgerichts München auch so und wies die Klage ab.

Die landestypische Verpflichtung, zum Abendessen in einem gehobenen Hotel eine lange Hose zu tragen, stelle keine Beeinträchtigung der Reise dar. Dass es auch und gerade in südeuropäischen Ländern üblich sei, zur Schonung des ästhetischen Empfindens anderer Hotelgäste wenigstens abends lange Beinkleidung vorzuschreiben, sei gerichtsbekannt und dürfte auch dem Kläger geläufig sein. Sei jemand nicht bereit, sich bei Auslandsreisen in gewissem Maße landestypischen Gebräuchen zu beugen, müsse er zuhause bleiben.

Rechtsanwalt Jens Klarmann,
Deutsche Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft, Urteil des AG München vom 16.6.10, Az.: 223 C 5318/10

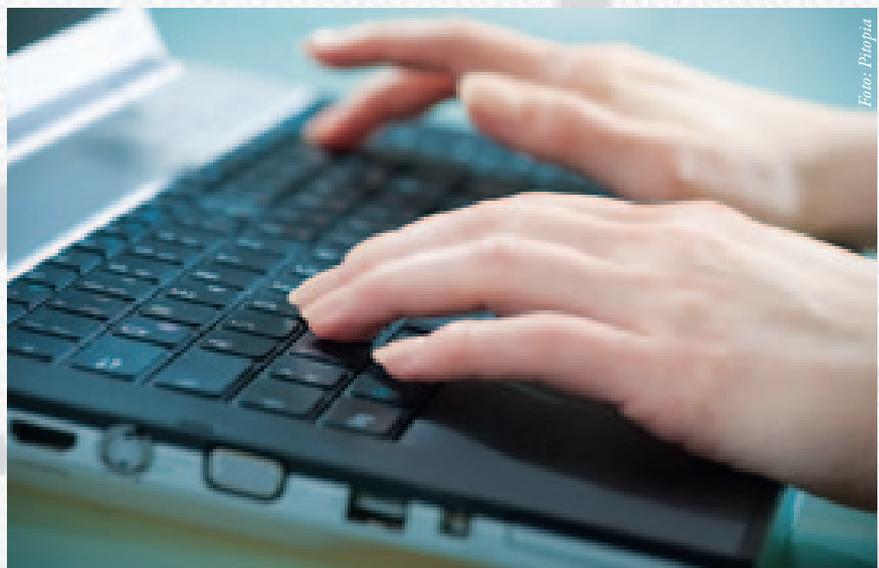
Geringwertige Wirtschaftsgüter helfen beim Steuern sparen

Kurz vor Jahresende lohnt ein Blick auf die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG). „Wer hier seine Wahlrechte geschickt ausübt, kann die Steuerlast sinnvoll gestalten“, betont Oliver Biernat, geschäftsführender Gesellschafter der Benefitax GmbH in Frankfurt. So können Möbel bis zu einem Nettopreis von 1.000 Euro, die sonst über 13 Jahre abgeschrieben werden müssten, über die sogenannte Sammelabschreibung über nur fünf Jahre abgeschrieben werden. Und wer vor allem GWG mit einem Nettoanschaffungswert von 150 bis zu 410 Euro erworben hat, kann sich überlegen, ob es für ihn nicht günstiger ist, diese Anschaffungen noch im gleichen Jahr komplett als Betriebsausgaben geltend zu machen.

Die Crux: Diese Gestaltungsmöglichkeit kann für das Wirtschaftsjahr nur einheitlich für alle GWG ausgeübt werden. „Ich muss mich entscheiden, ob ich für alle Anschaffungen zwischen 150 und 1.000 Euro einen Sammelposten bilde, der über fünf Jahre abgeschrieben wird, oder ob ich Anschaffungen zwischen 150 und 410 Euro netto in diesem Jahr in voller

Höhe als Betriebsausgabe geltend mache“, erläutert Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Biernat. „Entscheide ich mich im Bereich 150 bis 410 Euro netto für die sofortige Geltendmachung, bedeutet dies für alle teureren Wirtschaftsgüter automatisch, dass sie gemäß ihrer normalen Nutzungsdauer abzuschreiben sind.“ Einfacher sieht es bei den Anschaffungen im Wert von unter 150 Euro netto aus: Hier kann für jedes Wirtschaftsgut einzeln entschieden werden, ob es bilanziert und abgeschrieben oder in voller Höhe als Betriebsausgabe angesetzt wird.

Jeder Unternehmer sollte sich frühzeitig überlegen, wie er mit seinen GWG umgeht. Biernat: „Es ist durchaus möglich, ein Jahr lang gezielt Wirtschaftsgüter im Wert von 150 bis zu 410 Euro sofort in die Betriebsausgaben zu nehmen, z.B. um bei günstigen Netbooks oder Ähnlichem nicht zu einer übermäßig langen Abschreibungszeit zu kommen. Und im folgenden Jahr setzt man dann auf einen Sammelposten, um für normalerweise sehr lang abzuschreibende Wirtschaftsgüter eine deutlich kürzere Abschreibungsfrist zu realisieren.“



Vor dem Jahresende lohnt sich ein Blick auf die geringwertigen Wirtschaftsgüter zwecks steuerlicher Gestaltung

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Im ersten Teil unserer Rubrik geht es um ein Problem, das viele Firmen nicht nur in den Grenzregionen betrifft. Eine deutsche Firma liefert ihre Waren grenzübergreifend aus. Es kommt zwischen der deutschen Firma und dem ausländischen Empfänger zum Streit über die Qualität der Ware. Der Kaufpreis wird nicht gezahlt. Schon stellt sich die Frage, vor welchem Gericht die deutsche Firma ihren Zahlungsanspruch einklagen muss.

Viele Firmen arbeiten gerade für solche Fälle mit Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) oder genauer: Allgemeinen Verkaufs- und Lieferbedingungen. Doch solche Bedingungen helfen nicht immer weiter, selbst wenn sie klar und deutlich formuliert sind. Das Landgericht Aachen hatte kürzlich einen Fall zu entscheiden, in dem diese Bedingungen wie folgt lauteten:

Erfüllungsort für alle Leistungen ist der Ort der Niederlassung des Verkäufers. Gerichtsstand für alle aus dem Vertragsverhältnis entstehenden Ansprüche ist Heinsberg.... Auch für Auslandslieferungen gilt das Deutsche Recht.

So oder so ähnlich lauten die meisten AGB. Danach wäre hier das LG Aachen örtlich zuständig gewesen. Das Landgericht hat trotzdem die Klage als unzulässig abgewiesen und sich für nicht zuständig erklärt. Bei grenzüberschreitenden Rechtsfragen in Europa richtet sich die Zuständigkeit in erster Linie nach einer zwischen den Parteien geschlossenen Vereinbarung. Wie diese Vereinbarung aussehen muss, steht in der EG-Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen (EuGVVO).

Art. 23 EuGVVO verlangt eine schriftliche oder mündliche Vereinbarung mit schriftlicher Bestätigung, eine Vereinbarung in einer Form, welche den Gepflogenheiten entspricht, die zwischen den Parteien entstanden sind, oder im internationalen Handel in einer Form, die einem Handelsbrauch entspricht, den die Parteien kannten oder kennen mussten. Das klingt kompliziert und ist es auch. Für eine schriftliche Vereinbarung ist die einseitige Bezugnahme auf AGB nicht ausreichend. Das LG Aachen stellte klar, dass entweder beide Seiten eine gesonderte Vereinbarung unterschreiben müssen, oder aber die andere Partei die AGB schriftlich bestätigt und damit der Gerichtsstandsklausel zustimmt.

Im übrigen reicht der auch wiederholte Hinweis auf die AGB zum Beispiel auf Rechnungen oder Auftragsbestätigungen nicht aus. Es muss hinzukommen, dass die

Gerichtsstandsvereinbarung mindestens einmal Gegenstand einer Willensübereinstimmung geworden ist. Das dürfte in den meisten Fällen schwierig zu beweisen sein.

So war es auch in dem dem Urteil des LG Aachen zugrunde liegenden Fall. Die deutsche Firma muss nun ihr Glück vor dem Gericht am Ort der belieferten Firma versuchen. Und darüber hinaus hat sie die Gerichts- und Rechtsanwaltskosten des vor dem deutschen Gericht verlorenen Prozesses zu tragen.

Praxistipps: Lassen Sie durch Ihren Rechtsanwalt regelmäßig Ihre AGB überprüfen! Und: Bei grenzüberschreitenden Geschäften sollten separate schriftliche Vereinbarungen getroffen werden, die Klarheit über den Gerichtsstand im Streitfall schaffen.

Auch im zweiten Teil geht es diesmal um das Thema „AGB“. Unser Leser Friedrich L. betreibt einen Autohandel und hat bei Mitbewerbern verschiedene Klauseln in deren AGB gelesen, die sich mit Schadensersatzforderungen des Verkäufers beschäftigen, sofern der Käufer vom Vertrag zurücktritt. Er möchte wissen, ob es hierzu neuere Entscheidungen gibt.

Der Bundesgerichtshof erkennt entsprechende Klauseln auf pauschalen Schadensersatz in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Kfz-Händler auch in Verträgen mit Verbrauchern an. Allerdings muss die betreffende Klausel angemessen sein. Dem Käufer muss die Möglichkeit gegeben werden, einen niedrigeren Schaden nachzuweisen.

Der BGH hat in einem im April 2010 entschiedenen Fall folgende Klausel als wirksam erachtet:

Verlangt der Käufer Schadensersatz, so beträgt dieser 10 % des Kaufpreises. Der Schadensersatz ist höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Verkäufer einen höheren oder der Käufer einen geringeren Schaden nachweist.

Der Vertrag war zwischen einem Kfz-Händler und einem Verbraucher geschlossen worden.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Der „Nachbar-Spiegel“ reicht aus

BGH; Urteil vom 16.06.2010;
VIII ZR 99/09

Will ein Vermieter die Miete erhöhen, so ist das eine Änderung des Mietvertrages. Der Vermieter muss also von dem Mieter die Zustimmung zu dieser Änderung verlangen. Das Erhöhungsverlangen muss darüber hinaus ausreichend begründet sein.

Der Mietspiegel eine Gemeinde ist anerkanntermaßen ein geeignetes Instrument, um das Erhöhungsverlangen zu begründen. Doch nicht jede Gemeinde hat einen solchen Mietspiegel aufgestellt. Der Bundesgerichtshof hatte einen Fall zu entscheiden, in dem der Vermieter sich auf den Mietspiegel der Nachbargemeinde berief. Im Gerichtsverfahren bestätigte ein Sachverständiger, dass beide Gemeinden und die jeweilige Wohnsituation vergleichbar seien. Dies ließ der BGH genügen. Ausnahmsweise kann also auch der Mietspiegel der Nachbargemeinde ein taugliches Erhöhungsargument sein.

Gefährliches Einfädeln im Reißverschlussverfahren

AG Dortmund; Urteil vom 23.02.2010;
423 C 12873/09

Jeder Autofahrer kennt die Situation: Stau auf der Autobahn, auf die man gerade einfahren will. Zum Glück gibt es nette Fahrer, die das Reißverschlussverfahren beherrschen. Trotzdem handelt es sich um eine gefährliche Situation. Schnell kommt es zu Missverständnissen. Ein kleiner Blechschaden ist da noch die günstigere Variante.

Das Amtsgericht Dortmund hat noch einmal klargestellt: Bei einem Unfall im direkten Zusammenhang mit dem Einfädeln spricht der Anscheinsbeweis für ein Verschulden des Spurwechslers. Der Spurwechsler muss sich eindeutig versichern, dass die Lücke, in die er einfädeln will, groß genug ist. Er muss sich auch davon überzeugen, dass der bevorrechtigte Fahrzeugführer zu seinen Gunsten auf die Vorfahrt verzichtet.

AKTUELLE URTEILE

Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

Schönheitsreparaturen und kein Ende in Sicht

BGH; Urteil vom 09.06.2010;
VIII ZR 294/09

Mehrfach haben wir an dieser Stelle bereits über die umfangreiche Rechtsprechung zu den Schönheitsreparaturen im Mietrecht berichtet. Grundsätzlich ist es so, dass das Gesetz die Renovierungsarbeiten dem Vermieter zuweist. Dieser darf diese Arbeiten aber vertraglich auf den Mieter „abwälzen“, was bundesweit wohl auch der Regelfall ist.

Der Bundesgerichtshof schaut sich in den Fällen, die bei ihm landen, sehr genau die Formulierungen in den jeweiligen Mietverträgen an. In einem Vertrag war jetzt zu lesen, dass der Mieter die Schönheitsreparaturen „ausführen zu lassen“ hat. Als der Mieter nach Mietende auszog, ohne auch nur etwas zu tun, verlangte der Vermieter vom Mieter schließlich Schadensersatz.

Der BGH sah dafür keine Anspruchsgrundlage. Die betreffende Klausel im Mietvertrag ist nach seiner Rechtsauffassung unwirksam. Der Mieter wird durch sie unangemessen benachteiligt. Die Klausel kann nämlich so verstanden werden, dass der Mieter die Arbeiten nicht selbst vornehmen darf. Und das versperrt ihm den Weg einer kostengünstigen und fachgerechten Selbstvornahme.

Das Testament auf dem Bierdeckel

OLG Karlsruhe; Beschluss vom
26.03.2010; 14 Wx 30/09

Die Steuererklärung auf dem Bierdeckel war zwar angedacht, durchgesetzt hat sie

sich aber bislang (leider) nicht. Die Nachlassgerichte in Deutschland sind da schon etwas weiter. Das Oberlandesgericht Karlsruhe sah sich jüngst mit der Frage konfrontiert, ob ein Testament auch auf einen geschlossenen Briefumschlag errichtet werden kann.

Die Erblasserin hatte eine Testamentskopie in den Umschlag gelegt und auf dem verschlossenen Umschlag handschriftlich die Testamentsvollstreckung für dieses Testament angeordnet. Das OLG sieht darin eine wirksame testamentarische Anordnung. Voraussetzung ist neben der Form allein der Testierwille der Erblasserin. Diese hatte ihre Erklärung mit einem Datum versehen und die Umschläge auch an die potenziellen Testamentsvollstrecker ausgehändigt. Damit bestand für das OLG kein Zweifel an der Wirksamkeit der Vollstreckungsanordnung. Über das eigentliche Testament war gesondert zu entscheiden.

Vom Testament auf dem Briefumschlag zum Testament auf dem Bierdeckel ist es damit nur noch ein kleiner Schritt. Aus Gründen der Rechtssicherheit und –klarheit kann aber trotzdem niemandem dazu ernsthaft geraten werden.

Winterzeit - Glättezeit

OLG München; Beschluss vom
26.05.2010; 1 U 2243/10

Mit Beginn der kalten Jahreszeit wird es wieder glatt auf unseren Straßen. Die Streufahrzeuge sind im Dauereinsatz. Trotzdem lassen sich glatte Passagen nicht vermeiden. Das Oberlandesgericht München beschäftigte die Frage, wen eigentlich das Risiko der glatten Straße trifft. Muss der Verkehrssicherungspflichtige zum Beispiel vorsorglich streuen, um möglichen Schadensersatzforderungen vorzubeugen?

Für das OLG ist die Rechtslage klar. Winterliche Wetterverhältnisse fallen nicht in den Verantwortungsbereich des für die Straße zuständigen Verkehrssicherungspflichtigen. Plötzlich auftretende Glätte gehört immer noch zum allgemeinen Lebensrisiko des Autofahrers, der die betreffende Straße nutzt.

Mangelnde Deutschkenntnisse gefährden wirtschaftlichen Aufschwung

Unternehmen beklagen ernsthaften Mangel an Grundqualifikationen wie Lesen und Schreiben

„Sicherheit in Wort und Schrift“ – nicht selten finden sich diese Stichworte in einer Stellenbeschreibung und sollten zum Nachdenken anregen. Fundierte Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse werden gerade von jüngeren Menschen zwar häufig als lästig und überflüssig angesehen, sind tatsächlich aber nicht selten die Voraussetzung für den beruflichen Einstieg und die weitere Karriere.

Denn Unternehmen sind auf Mitarbeiter angewiesen, die nicht nur gut reden können, sondern auch dann sattelfest sind, wenn es darauf ankommt – nämlich im Schriftverkehr, in der Dokumentation und bei Präsentationen. Dies mag besonders stark für öffentliche Einrichtungen gelten, die schon qua Funktion zur korrekten Anwendung der deutschen Sprache aufgefordert sind, doch auch in der freien Wirtschaft gilt eine gute Sprachkompetenz als unverzichtbar. Denn welcher Arbeitgeber geht freiwillig das Risiko ein, dass eine E-Mail mit peinlichen Fehlern an einen Kunden oder Geschäftspartner geschickt wird?

Internet statt Duden?

Der Fachkräftemangel ist auch auf mangelnde Rechtschreibkenntnisse der jungen Bewerbergeneration zurückzuführen. Würde in früheren Zeiten bei Zweifelsfällen sicherheits halber noch mal schnell „im Duden“ nachgeschlagen, werden die Lösungen heutzutage – wenn überhaupt – eher im Internet gesucht, das sich allerdings über weite Strecken als rechtschreibfreier Raum präsentiert.

Aktuell werden laut Bundesagentur für Arbeit rund 154.000 Auszubildende gesucht. Rund 17.000

Stellen bleiben nach Schätzungen der Behörde unbesetzt, was auch an mangelnder Sprachkompetenz liegt. Viele Unternehmen sind sich der Brisanz dieses Themas durchaus bewusst. Laut Angaben der DIHK organisieren deshalb über die Hälfte aller Unternehmen eine Nachhilfe für ihre Auszubildenden.

Zusätzlich zu den Fördermaßnahmen außerhalb der Arbeitszeit können Mitarbeiter mit Rechtschreibschwächen direkt im Berufsalltag durch technische Hilfsmittel unterstützt werden. Hier meldet sich auch wieder die ‚Instanz‘ für deutsche Sprache mit einer zeitgemäßen Lösung zu Wort: Neben seinen Wörterbüchern bietet der Dudenverlag mit seiner Sprachtechnologiesparte heute auch eine netzwerkweit einsetzbare Korrekturlösung, die Texte direkt während des Schreibens am Computer auf Rechtschreib- und Grammatikfehler prüft.



Eine mit „Tschau“ unterschriebene Geschäftse-Mail gehört damit ganz schnell der Vergangenheit an

LESER SCHREIBEN

Zu: GEZ – Neue Belastungen für die Wirtschaft

Sie haben völlig recht, wenn Sie die omnipotente Gebührenerhöhung für den öffentlichen Rundfunkbereich beklagen. Was Sie dem Leser da schildern, erinnert einen an alte „DDR-Zeiten“ und an kommunistische Zwangssysteme.

Nur, wer hat denn das Sagen über diese Gebühren? Das sind doch letztendlich die Ministerpräsidenten, die das alles zu Lasten der Bürger und Unternehmen „abnicken“. Sonst gäbe es ja gar keine rechtliche Basis, diese Gebühren einzuziehen.

Und Sie dürften doch auch wissen, dass in 10 von 16 Bundesländern unsere Union den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin stellt. Es sind also unsere „Parteifreunde“, die uns in ungerechtfertigter Weise in die Tasche greifen. Wenn diese dann noch nicht einmal die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für die neuen Gesetze – ohne Gesetz keine Zahlungsansprüche – erkennen, wird es wirklich Zeit, dass unsere „MIT“ mal „mit der Faust auf den Tisch schlägt“.

Halten die CDU-Ministerpräsidenten den deutschen Mittelständler wirklich für so dumm, dass diese nicht wüssten, dass ihre „Parteifreunde“ dies alles verantworten? Und diese schönen „Parteifreunde“ werden dann demnächst zu Recht abgewählt, weil wir als Mittelständler sie nicht mehr wählen.

Ich hoffe, dass Sie mit Dr. Schlarmann nun endlich auch einmal den unvernünftigen Parteifreunden, die von den eigenen CDU-Kollegen und Kolleginnen nicht mehr gewählt werden, wenn sie nicht bald „vernünftig“ entscheiden, öffentlich „auf die Finger hauen“. Anders geht es wohl nicht mehr.

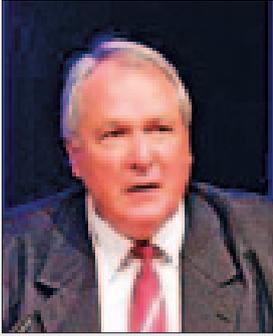
Aber Sie wissen ja, wer hat dann mal von unseren oberen CDU-Freunden je unternehmerische und finanzielle Verantwortung getragen? Sollte ich nach dem Umbau meines Hotels „Nettersheimer Hof“ mit jedem Zimmer zu einer Rundfunkgebühr herangezogen werden, werde ich in diesem Fall gerichtlich bis nach Luxemburg gehen.

Prof. Dr. h.c. Klaus Feinen
50996 Köln

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

Die Mitglieder der MIT



Nach der Fusion der Mittelstandsvereinigung und der Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU im Jahre 1995 wurde **Diether Klingelberg** in einer für die fusionierte neue Vereinigung schwierigen Zeit MIT-Bundesschatzmeister. Von 1995 bis 1997 übte er dieses Amt aus, bis er es an Peter Jungen übergab. Diether Klingelberg besitzt ein großes Maschinenbau-Unternehmen mit Sitz

in Deutschland, Europa und den USA. Von 2001 bis 2004 war er Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA). In der letzten Mitgliederversammlung des VDMA wurde Diether Klingelberg zum Ehrenmitglied des VDMA gewählt. Der scheidenden VDMA-Präsident Dr. Manfred Wittenstein beschrieb Klingelberg als einen „profilierten Vorkämpfer für eine klare Ordnungspolitik, ein Thema, das gerade für unsere mittelständisch geprägte Industrie bedeutsam ist. Insbesondere das Thema Subventionen, aber auch Freiheit für unternehmerische Entscheidungen bis hin zur Flexibilität auf betrieblicher Ebene waren für ihn entscheidende Themen.“

4. Gesundheitspolitische Fachtagung

Zu Ihrer vierten gemeinsamen gesundheitspolitischen Fachtagung laden der Bundesverband deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb e.V.) und die MIT Rheinland-Pfalz am Samstag, den 26. Februar 2011, 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr in den Forstsaal des kurfürstlichen Schlosses zu Mainz ein. Das Thema der Tagung lautet: „Benötigt der Wirtschaftsstandort Deutschland gesunde und leistungsfähige Senioren?“

Nach der Begrüßung durch die bdvb-Präsidentin, Prof. Dr. Cornelia Scott, den MIT – Landesvorsitzenden Josef A. Geyer und die Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Parl. Staatssekretärin Julia Klöck-

ner, MdB wird das Kongressprogramm durch hochrangige Experten gestaltet.

Der Wandel des Arbeitsmarktes im Zuge des demografischen Wandels und die Folgerungen für die Unternehmen der Wirtschaft und die Gesundheitsvorsorge werden im Mittelpunkt der Vorträge und der Debatten stehen. Die Tagungen von bdvb und MIT Rheinland-Pfalz haben in der Fachwelt inzwischen einen anerkannten Ruf erworben. Die Teilnehmergebühr beträgt 40 Euro, für MIT-Mitglieder 20 Euro. Teilnehmeranmeldungen werden schon jetzt per Mail an rlp@mittelstand-deutschland.org entgegengenommen.

Mittelständisches Wirtschaftsforum

Themen wie Kreditklemme, Wirtschaftsstandort Wolfenbüttel und Existenzgründung aus Sicht des Mittelstandes standen im Fokus des Wirtschaftsforums der MIT Wolfenbüttel. Der Mittelstand ist das Rückgrat Wolfenbüttels, darüber waren sich die Referenten Thomas Pink (Bürgermeister Stadt WF), Prof. Dr. Reza As-

ghari (Institut E-Business Ostfalia) und Christoph Schmitz (Vorstandsmitglied der BLSK) einig.

Das Wirtschaftsforum wurde in drei Workshops aufgeteilt. Dabei stellten sich die Referenten den Fragen der Mittelständler, z. B. über die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Wolfenbüttel und welche Rolle

die Stadt, die BLSK als regionale Bank und die Ostfalia Hochschule haben. Die am häufigsten diskutierten Themen Rating und Kreditklemme, Entwicklung der Innenstadt, Förderung von Existenzgründern und Unterstützung der regionalen Wirtschaft wurden im Anschluss bei einer Podiumsdiskussion zusammengefasst.



Erfolgreiches Wirtschaftsforum mit Raum für Diskussionen: (v.l.n.r.): Gerald Aßmann, Manfred Koch, Hans-Georg Felderhoff, Christoph Schmitz, Heinz Dieter Eßmann, Tim Strebe, Prof. Reza Asghari, Andreas Höfener, Holger Bormann und Martin Schickram (BLSK)

Verkehrskommission kämpft für mittelständische Busunternehmen

In einer prominent besetzten Tagung der MIT-Verkehrskommission sagten die beiden Vorsitzenden, Steffen Bilger, MdB, und Peter Ibbeken, Vorsitzender der MIT-Baden-Württemberg, mittelständischen Busunternehmen zu, ihre Bedenken bei der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes Ernst zu nehmen und ihre Forderungen zu unterstützen. Gunther Mörl, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer, hatte zuvor darauf hingewiesen, dass eine neue EU-Verordnung die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes gefährde.

Hans Michelbach wiedergewählt

SEEHOFFER BETONT ERFOLGE BAYERISCHER POLITIK



Mehr Dampf für den Mittelstand: Hans Michelbach und CSU-Chef Horst Seehofer

Der Coburger Bundestagsabgeordnete Dr. h.c. Hans Michelbach führt zwei weitere Jahre die Mittelstands-Union (MU) der CSU. Er wurde auf der Landesversammlung in Dinkelsbühl mit über 93 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter Klaus Dieter Breitschwert, MdL, aus Ansbach, und Thomas M. Schmatz aus München wurden mit 98,3 bzw. 95,9 Prozent in ihren Ämtern bestätigt. Neu bei den Stellvertretern sind der Steuerexperte Peter Götz, der 97,5 Prozent der Stimmen erhielt sowie Bernhard Kösslinger aus Oberbayern. Kösslinger setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 73,1 Prozent gegen Grit Wenzel aus Nürnberg durch. Die beiden Stellvertreterposten waren vakant, da sowohl Dagmar Wöhrl, MdB, als auch der oberbayerische MU-Bezirksvorsitzende Alexander Radwan, MdL, auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatten.

Nach den Grußworten von Dr. Christoph Hammer, dem Oberbürgermeister von Dinkelsbühl, Klaus Dieter Breitschwert und dem MU-Bezirksvorsitzenden Jan Helmer fand Michelbach in seinem Rechenschaftsbericht klare Worte zur Lage der Partei und der Bundesregierung. So warnte er vor einem Verlust der Stammwählerschaft. „Kein Unternehmer würde so leichtfertig mit seinem Kerngeschäft umgehen, denn er weiß: Das endet rasch in einer gefährlichen Schieflage!“

Bundesregierung in der Pflicht

Die Regierung stehe nun in der Pflicht. „Wir wurden gewählt, um Deutschland zukunftsfit zu machen. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten, dass wir die notwendigen Reformen konsequent angehen.“ Die Union dürfe keinen Strömungen hinterherlaufen, „sie muss der Kompass der Gesellschaft werden“, sagte Michelbach. „Die rot-rot-grünen Fortschrittsverweigerer, die sich einen Überbietungswettkampf im Bereich der Alimentierung von Nicht-Arbeit liefern, dürfen keine Macht

über Deutschland bekommen!“ Als wichtigste Aufgaben der Koalition in den nächsten beiden Jahren nannte Michelbach eine vernünftige und nachvollziehbare Reform der Mehrwertsteuersätze, die Abflachung des Mittelstandsbauchs und die Vereinfachung des Steuerrechts.

Pflichtaufgabe Steuerreform

„Die kalte Progression ist eine beständige Steuererhöhung durch die Hintertür, das darf nicht sein“, rief Michelbach den rund 300 Delegierten und Gästen zu. Er bekannte sich auch klar zur Rente mit 67: „Sie ist alternativlos! Im Interesse

der jungen Generation müssen wir hier handeln, sonst werden die Sozialsysteme auseinanderbrechen! Das ist auch eine Frage von Generationengerechtigkeit.“

Der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Horst Seehofer betonte, dass sich in Bayern der Arbeitsmarkt trotz der gerade erst überstandenen Krise in der Wirtschafts- und Finanzwelt Richtung Vollbeschäftigung bewege. „Wir werden auch weiterhin zuerst über Rechtschaffene und Leistungsträger reden und an ihnen unsere Politik ausrichten. Wer sprechen immer von den Finanzen des Staates, aber nie davon, wer den Staat finanziert“, sagte Seehofer. Zur aktuellen Debatte um die Integration sagte Seehofer: „Die Regeln unseres Zusammenlebens basieren auf dem Grundgesetz und unseren christlich-jüdischen Wurzeln, gepaart mit Aufklärung und Humanismus. Wir wollen Integration fördern, aber wir werden sie auch einfordern.“

Seehofer: Kommunen besser fördern

Gerade auch nach dem Wegfall der Arbeitsplätze von Quelle im Raum Fürth/Nürnberg musste sich die Staatsregierung entscheiden: „Wollen wir ein Industriemuseum oder Zukunftsarbeitsplätze? Wir haben uns für das zweite entschieden. Und das war richtig. Wir haben nämlich ein Strukturprogramm und kein Subventionsprogramm aufgelegt und jetzt steht die Region besser da als zuvor“, sagte er. Zum Abschluss wandte er sich mit drei Themen an die Bundespolitik: er forderte, die Erhöhung der Öko-Steuer für energieintensive Unternehmen zu stoppen, zweitens die Kürzung der Städtebaupauschale abzuwenden oder zumindest abzumildern und drittens die kommunalen Finanzen besser zu fördern.



Hans Michelbach (M.) mit seinen neuen Stellvertretern (v.l.) Bernhard Kösslinger, Klaus-Dieter Breitschwert, MdL, Thomas Schmatz und Peter Götz

Arbeitsfrühstück in Darmstadt

Zu einem Arbeitsfrühstück trafen sich der hessische CDU-Generalsekretär Peter Beuth, MdL und Mitglieder der MIT-Darmstadt-Dieburg bei den Griesheimer Unternehmen Intermail und Maximail. Beim Rundgang erfuhren die Teilnehmer, wie große Mengen an bekannten Magazinen, Fernseh- und Fachzeitschriften bei Intermail unter höchsten Datenschutzmaßnahmen für

die Abonnenten konfektioniert werden. Für die Betriebsabläufe günstig ist auch die direkte Tür zu Tür Anbindung an den Postdienstleister Maximail, von wo die Post morgens an die Kunden verteilt werden kann. Beim Austausch über die politischen Rahmenbedingungen wurde schnell deutlich, dass beide Firmen in Branchen mit hohem Wettbewerbsdruck bestehen müssen.



Mittelstand unter Wettbewerbsdruck – MIT Darmstadt informiert sich (v.l.n.r.): Ralph Pittich, Dr. Heinz Strnad, Manfred Schimpf, Hajo Riemann, Holger Kahl, Thomas Höhl, Bernd Sauer und Peter Beuth, MdL

MIT Brandenburg mit neuer Führung

Hermann Kühnapfel ist neuer Landesvorsitzender der MIT Brandenburg. Kühnapfel, der selbst mittelständischer Unternehmer ist, erhielt 96 Prozent der Stimmen und wird damit Nachfolger von Dr. Christian Ehler, MdEP. Zum neuen MIT-Vorstand Brandenburg gehören ferner Steffen Kissinger als Landesschatzmeister, Dr. Eva Maria Huntemann, Cornelia Karlstädt, Rainer Oettel und Horst Tarnawski als Stellvertreter und die Beisitzer Joachim Blumenkamp, Andreas Ehrl, Marco Gruschinski, Wolfgang Marx,

Sybille Reimschüssel, Alexander Schwarz, Matthias Seliger und Harald Uhlig. Neben der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU Brandenburg, Dr. Saskia Ludwig, nahmen auch die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Katherina Reiche, MdB, die CDU-Bundestagsabgeordnete Andrea Voßhoff und Michael Stübgen, die stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden Barbara Richstein und Sven Petke und die Landtagsabgeordneten Frank Bommert und Danny Eichelbaum an der Veranstaltung teil.

Neuer Vorstand

Nach dem Tod des langjährigen und verdienten Vorsitzenden Hans Dieter Bäcker wurde Alexander Elbracht zum 1. Vorsitzenden der MIT Herford gewählt. Ihm zur Seite stehen die Stellvertreter Joachim Störmer und Dennis Scholz. Die Zielsetzung des neuen Vorstandes ist es, die MIT weiter zu einer angesehenen und starken Institution für den Herforder Mittelstand auszubauen.

MIT diskutiert mit Studentenverbindung



Gemeinsam suchte man die Diskussion mit Studenten (v.l.n.r.): Renate Hübner, Marie-Luise Dött und Sabine Kleinke

Eine gelungene Verbindung von Mittelstand, Politik und Nachwuchs-Förderung bot die Veranstaltung der MIT Braunschweig in einer Braunschweiger Studentenverbindung. Als Gastreferentin konnte die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött, MdB, gewonnen werden. Anhand diverser aktueller Themen wie etwa der Entwicklung des Energie-Konzepts, den Bankbürgschaften oder der Steuerreform-Politik erläuterte sie,

wie Entscheidungsprozesse und Abstimmungen im Bundestag und den Gremien verlaufen. Lebhaft diskutierten die Mittelständler, Studenten und Verwaltungsmitarbeiter mit Marie Luise-Dött über die politische Gestaltungsmöglichkeiten. Wichtig erschien dabei allen Teilnehmern, dass das Ansehen der Politik und der Politiker wieder verbessert werden muss, vor allem durch Ehrlichkeit, Offenheit und ein geschlossenes, zielgerichtetes Handeln.

MIT fördert sportliches Engagement



Die MIT Jerichower Land hat gemeinsam mit der CDU Jerichower Land das Burger Rolandturnier des Judo-Clubs Burg e.V. unterstützt. Mit einer Geldspende würdigte man das jahrelange sportliche Engagement des Vereins. Der MIT-Kreisvorsitzende André Nollmann (1.v.l.) überreichte gemeinsam mit Markus Kurze MdL (4.v.l.) und Enrico Krüger (5.v.l. - CDU-Kreisvorstand Jerichower Land) die Spende an Ingo Fremberg (2.v.l. - Vereinsvorsitzender) und Martin Lübke (3.v.l.)

Informationsfahrt nach Brüssel

Auf Einladung der Europaabgeordneten Dr. Inge Gräßle veranstaltete die MIT Ostalb eine viertägige Informationsfahrt nach Brüssel. Auf dem Programm standen u.a. der Besuch des Parlamentsgebäudes, eine Stadtrundfahrt mit Innenstadtführung und eine Diskussion mit Inge Gräßle im Sitzungssaal des europäischen Parlaments. Diskussions-themen waren die Finanzsituation Griechenlands, die Verschuldung der EU-Länder und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten durch

die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Höhepunkt der Reise war das Treffen mit EU-Kommissar Günther Oettinger, der seine Aufgabenbereiche aufzeigte und die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Energieverteilung und Energiespeicherung darstellte. Zum Abschluss der Reise hatte der MIT-Kreisvorsitzende Werner Frank den Reiseteilnehmern noch eine Stadtführung in Brügge – Weltkulturerbe der UNESCO – zu bieten.



EU-Kommissar Oettinger hat immer ein offenes Ohr für den Mittelstand: Werner Frank (Foto rechts) überreicht Günther Oettinger ein Präsent aus dem heimischen Baden-Württemberg

MIT Fulda feiert

In optimistischer Stimmung feierten die Mitglieder der MIT Fulda gemeinsam mit der Gersfelder CDU ein gelungenes Herbstfest im Gersfelder Hof. MIT-Kreisvorsitzender Winfried Rippert und CDU-Stadtverbandsvorsitzender Stefan Stübiger begrüßten zusammen mit der MIT-Gemeindeverbandsvorsitzenden Caroline Lenz die Gäste. Rippert machte deutlich, dass die MIT im Kreisverband Fulda

auf Erfolgskurs sei und trotz allgemeiner Parteiverdrossenheit von mittelständischen Firmen immer wieder großen Zuspruch erfahre. „Die mittelständischen Betriebe im Kreis Fulda schaffen 75 % der Ausbildungsplätze und zwei Drittel aller Arbeitsplätze“, so Rippert. Daraus leitete er ab, dass die Verwaltungen auf Stadt- und Kreisebene die Sorgen und Nöte dieser Betriebe besonders ernst nehmen.

Attraktive Rahmenbedingungen für attraktive Regionen

Auf Einladung der Fraport AG besichtigte der Junge Mittelstand der MIT Fulda die Baustellen des Flughafens, Hessens größter Arbeitgeber. „Die neue Landebahn ist in aller Munde. Weniger bekannt ist, dass mit dem Flugsteig A+ und dem dritten Terminal weitere Großbaustellen gestemmt werden“, zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende Matthias Kübel beeindruckt. Zusätzlich zu den rund 70.000 Beschäftigten seien täglich etwa 4.000 Bauarbeiter auf dem Flughafen, um dem steigenden Fluggastaufkommen die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Nachmittags empfing Landtagsabgeordneter Dr. Walter Arnold gemeinsam mit seinem Kollegen Dr. Norbert Herr die MITler im Hessischen Landtag in Wiesbaden. Sie stellten sich den Fragen der Mittelständler, die zuvor eine turbulente Plenarsitzung verfolgen konnten.

Unternehmertour durch mittelständische Betriebe

45 Mitglieder des MIT-Gemeindeverbandes Hofbieber/Nüsttal trafen sich zu einer besonderen Unternehmertour. Der MIT-Vorsitzende Peter Dücker und MIT-Bundesvorstandsmitglied Gerd Robanus begrüßten die Teilnehmer zu einer Stippvisite bei sieben Unternehmen eines Gewerbegebietes in Hofbieber. Gemeinsam mit dem Gewerbevereinsvorsitzenden, Roland Wehner, begann die Unternehmertour bei der Praxis für Physiotherapie „Villa Vitalis“. Im Anschluss

wurden der Dienstleistungsbetrieb „Ihre Gute Fee“, der Telefondienstleister „United-Call GmbH“, das Betriebsgelände der Firma „Fladung SPA GmbH“, die Firma „aprxon GmbH“ und die Firma „Domhöfer Elektrotechnik“ besucht. Die Unternehmertour war ein großer Erfolg. Die MIT-Mitglieder lernten die Unternehmer und die Tätigkeitsfelder der Betriebe kennen. Im Gegenzug konnte bei den Unternehmern das Interesse für die Arbeit der MIT geweckt werden.



Gerd Robanus (vorn Mitte) stimmt die Mitglieder der MIT Hofbieber/Nüsttal auf ein umfangreiches Besuchsprogramm ein

Konservatismus

Ein programmatischer Beitrag der MIT

Von Dr. Josef Schlarmann

Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Die Union ist eine liberale, soziale und konservative Partei. Alle drei Elemente haben offiziell den gleichen Stellenwert. Aber was ist konservativ an der Politik der Union? Ist Konservatismus nur eine „Haltung“ oder auch ein inhaltliches Programm?

Moderner Konservatismus ist durch drei Kernziele gekennzeichnet: Sicherung bürgerlicher Freiheiten, wertorientiertes Handeln und Reformfähigkeit von Institutionen.

Freiheitssicherung als Ziel

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard waren liberal-konservative Politiker. Nach den Erfahrungen mit linkem und rechtem Totalitarismus war die Sicherung bürgerlicher Freiheiten ihr zentrales Anliegen. Westbindung und soziale Marktwirtschaft waren ihr Programm.

Im Verhältnis des Staates zur Wirtschaft dient die Ordnungspolitik, das heißt eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, der Sicherung der Wirtschaftsfreiheit. Im Sinne von Walter Eucken soll die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.

Wirtschaftspolitischen Interventionismus lehnen Konservative ab, weil er willkürlich ist und nachhaltiges Wirtschaften behindert. Dies gilt für Subventionen allgemein und für Hilfen an Unternehmen insbesondere. Solche Maßnahmen verändern Wirtschaftsprozesse und verzerren den Wettbewerb, meistens zu Lasten des Mittelstandes.

Nur in zwei Fällen sind prozesssteuernde Maßnahmen des Staates ordnungspolitisch denkbar: bei Wirtschaftskrisen aufgrund von Marktversagen und zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte.

Wertorientierung als Fundament

Für Konservative sind Werte und Prinzipien Grundlage jeder stabilen Ordnung. Insbesondere ist eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ohne einen bürgerlichen Wertekanon und den Respekt vor Institutionen und Normen nicht denkbar. Wertrelativismus, Indifferenz und Beliebigkeit sind keine tragende Grundlage für die Soziale Marktwirtschaft (Röpke).

Wertorientierung muss für Unternehmen und Regierung gleichermaßen gelten. Unternehmen

haben bei ihren betriebswirtschaftlichen Entscheidungen auch deren gesellschaftliche Folgen zu berücksichtigen. Für die Soziale Marktwirtschaft kann deshalb nicht das Shareholder-Modell, sondern nur das Stakeholder-Modell maßgeblich sein.

Für die Regierung bedeutet Wertorientierung unter anderem, dass Reden und Handeln übereinstimmen müssen, weil ansonsten Vertrauen verloren geht. Wer ein einfaches Steuerrecht mit niedrigen Steuern verspricht, darf das Steuerrecht nicht mit neuen Steuern weiter verkomplizieren. Wer sich zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt, darf die Sozialordnung nicht planwirtschaftlich gestalten. Eine Gesamtordnung, deren Wirtschaft prinzipiell marktwirtschaftlich und deren Sozialordnung prinzipiell planwirtschaftlich gestaltet wird, ist nicht gleichgewichtsfähig (Biedenkopf).

Reformfähigkeit als Voraussetzung

Konservative stehen bekanntlich für Maß und Mitte. Sie treten ein für Reformen, nicht für Stillstand oder Revolution. Moderne Konservative wissen, dass sich Bewährtes anpassen muss, um zu bleiben.

Es ist deshalb keine konservative Politik, wenn notwendige Sozialreformen im Sinne der Leipziger Parteitagebeschlüsse unterbleiben oder Infrastrukturprojekte, wie Stuttgart 21 kategorisch abgelehnt werden. Ebenso ist es keine konservative Politik, wenn die Regierung Energiepolitik über 40 Jahre mit vorgegebenem Ergebnis plant. Letztendlich geht es Konservativen um das richtige Verhältnis zwischen Bewahren und Verändern. Konservative können deshalb einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung der Reformdebatte leisten.

Konservatismus ist nicht lebensfern, sondern unser politischer Kompass, der sich konkret im Denken, Entscheiden und politischen Handeln widerspiegelt.



Josef Schlarmann

IMPRESSUM MittelstandsMagazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Pitopia

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Verlagsvertretung Getz,
Nielsen I, II, VI, VII
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV, V
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer. Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadensersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IWV)

Wir bekennen uns zum Standort Deutschland!



- ▶ Die deutsche gewerbliche Unterhaltungsautomatenwirtschaft ist Teil der mittelständischen Wirtschaft!
- ▶ Wir zahlen jährlich über 1 Mrd. Euro an Steuern und Abgaben, davon ca. 250 Mio. Euro Vergnügungssteuer an Städte und Gemeinden.
- ▶ Wir sichern rund 100.000 Arbeitsplätze – davon 75 % für weibliche Mitarbeiter!
- ▶ Seit 2008 bilden wir in zwei eigenständigen Automatenberufen aus:
 - Fachkraft für Automaten-service (2-jährig) (m/w)
 - Automatenfachmann/-frau (3-jährig)
- ▶ Der Spieler- und Jugendschutz sind Ausbildungsinhalte.

Eine Information der deutschen Unterhaltungsautomatenwirtschaft.



Verband der Deutschen
Automatenindustrie e. V.



Deutscher Automaten-
Großhandels-Verband e. V.



Bundesverband
Automatenunternehmer e. V.



FORUM für Automatenunter-
nehmer in Europa e. V.



AWI Automaten-
Wirtschaftsverbände-Info GmbH

Smarte Ideen für den Mittelstand

Ihr Arbeitspensum steigt. Die Zahl Ihrer Server nicht.

Auf einem smarten Planeten wächst das Datenvolumen ständig – und strapaziert dadurch die bestehenden Infrastrukturen zunehmend. Mittelständische Unternehmen müssen diese zunehmende Belastung mit weniger Ressourcen bewältigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. IBM hat jetzt die Lösung: den ersten x86-Server, bei dem der Speicher vom Prozessor abgekoppelt ist. Sie brauchen also keine weiteren Server, um Ihr steigendes Arbeitspensum zu bewältigen. So bekommen Sie Leistung wie ein Großunternehmen – ohne das Budget von Großunternehmen. Und so können IBM und Geschäftspartner Ihnen helfen, smarter zu arbeiten:



**Leistungsstark.
Intelligent.**

1 Steigern Sie die Leistung um bis zu 261%. IBM System x3690 X5 mit Intel® Xeon® 7500-Prozessor ist das erste skalierbare 2-Socket-System, das entwickelt wurde, um Ihnen Leistung, Speicherkapazität und Zuverlässigkeit eines 4-Socket-Systems für Großunternehmen zu bieten.¹

2 Vereinfachen Sie Ihre IT. Der neue x3690 kann dieselbe Arbeit erledigen wie 33 Server² der letzten Generationen. Die Konsolidierung Ihrer alten Server kann Ihre IT vereinfachen, den Serverbestand minimieren und so die Verwaltungskosten für die unterschiedlichen Systeme senken.

3 Erweitern Sie die virtuellen Server³ um bis zu 82% bei gleichen Lizenzkosten. Durch Virtualisierung lässt sich jetzt Komplexität reduzieren. Der einzigartige MAX5-Speicher von IBM vergrößert sich unabhängig vom Prozessor – so haben Sie den Speicherplatz, den Sie für Ihre anspruchsvolle virtualisierte Umgebung brauchen.



IBM System x3690 X5 wurde speziell für den Mittelstand konzipiert – auch der Preis: ab **194€*** pro Monat für 36 Monate.⁴

4 Und entdecken Sie, wie sich das für Sie rechnen kann – in weniger als 3 Monaten. Mit mehr Leistung und einer vereinfachten IT können Sie die gesamten IT-Kosten – wie Energie, Kühlung und Ausstattung – drastisch senken: um bis zu 98%.²

Der Mittelstand: Motor für Innovation.

Sprechen Sie noch heute mit einem IBM Geschäftspartner und profitieren Sie von den Vorteilen eines smarten Systems. Rufen Sie jetzt Hallo IBM Express kostenlos an: **0800 2050 900*** oder nutzen Sie den Server-Konsolidierungsrechner unter ibm.com/systemx5/de



¹Basierend auf einem drei Teilnehmer umfassenden Benchmark-Ergebnis, SPEC CPU2006 vergleicht ein System der Vorgänger-Generation mit Intel Xeon 5470 Harpertown 3.33-GHz-Prozessoren mit einem System der neuen Generation x3690 X5 mit Intel Xeon Y7560-Prozessoren. ²Die Berechnung von Return on Investment und Energieeinsparung erfolgt auf der Grundlage eines 33:1-Konsolidierungsszenarios von 200 Intel 2-Socket-Servern auf 6 IBM x3690 X5-Servern sowie von Einsparungen bei Energiekosten, Software-Lizenzgebühren und anderen Betriebskosten. Die tatsächlichen Kosten und Einsparungen können je nach Konfiguration und Umgebung des Kunden unterschiedlich ausfallen. ³Auf Grundlage eines IBM x3690 X5 mit MAX5-Speicherverweiterung (2 Prozessoren, 64 DIMMs), verglichen mit einem Standard-Industriesystem mit 2 Prozessoren, 18 DIMMs und Lizenzkosten pro Prozessor. ⁴Monatliche Leasingrate inkl. MwSt. bei 36 Monaten Laufzeit für IBM System x 3690 X5 2-Socket-2U-Rack-Server mit Intel Xeon 4 Core E7520 95 W 1,86 GHz/18 MB (L3), 2x 4 GB Hauptspeicher, Vorbereitung für Hot-Swap-2,5-Zoll-SAS-Festplatten, ServerRAID-Adapter SR M1015 und hot-swap-fähiges Netzteil mit PFA (675 W bei einem Wirkungsgrad von 92%). Finanzierungsangebote sind freibleibend, vorbehaltlich einer positiven Bonitätsprüfung durch IBM, und richten sich ausschließlich an Geschäftskunden. Die Vermittlung erfolgt über den IBM Geschäftspartner. Die Preise von IBM Geschäftspartnern können von dem hier gezeigten Preis abweichen. IBM behält sich das Recht vor, dieses Angebot ohne Vorankündigung zurückzuziehen oder zu modifizieren. *Hallo IBM Express: nur innerhalb Deutschlands kostenfrei, Montag bis Freitag von 8,30 bis 18,00 Uhr. IBM, das IBM Logo, ibm.com und das Bildzeichen des Planeten sind Marken oder eingetragene Marken der International Business Machines Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Intel, das Intel Logo, Intel Inside, das Intel Inside Logo, Xeon und Xeon Inside sind Marken oder eingetragene Marken der Intel Corporation oder ihrer Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetragene Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2010 IBM Corporation. Alle Rechte vorbehalten. 08M IBM S 24/10